

Bulletin 3·2006

Dossier | Wohnen in der Metropole Schweiz. Lässt sich Urbanisierung planen?
Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?

Inhalt – Sommaire

Editorial

- 5 Die Akademien und die Schweiz

Wissenschaftspolitik – Politique scientifique

- 7 Nur 4,5% Ausgabenwachstum im Bereich Bildung, Forschung und Innovation
9 Gründung der «Akademien der Wissenschaften Schweiz»
10 Open Access
14 Jahresversammlung der SAGW 2006 in Lausanne
14 | Conférence des présidents
16 | Öffentliche Veranstaltung
19 | Delegiertenversammlung vom 17. Juni 2006
23 | Remise du Prix Jubilé
25 Prix Jubilé 2007. Pour les jeunes chercheuses et chercheurs en sciences humaines et sociales: lancement de la 11^e édition
26 SIDOS: Direktor Dominique Joye tritt zurück
27 Die «Schweizerische Politik» auf DVD. *Hans Hirter*
29 Speichern erwünscht!
30 Wechsel im Generalsekretariat

Schwerpunkte – Projets prioritaires

- 31 Religion und Religiosität unter der Lupe
32 Gebirgsforschende und Gebirgsräume vernetzen
Thomas Scheurer und Marlis Zbinden

Dossier | Wohnen in der Metropole Schweiz. Lässt sich Urbanisierung planen? Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?

- 35 Wohnen in der Metropole Schweiz
36 Die Schweizer Raumplanung ist weitgehend unreflektiert. *Rainer J. Schweizer*
38 Stadtlandschaften – Kulturlandschaften der Zukunft. *Andreas Stalder und Matthias StremLOW*
41 La Suisse métropolisée à l'épreuve des Alpes. *Vincent Kaufmann*
43 La Métropole Lémanique sans RER (Réseau Express Régional): une aberration!
Xavier Comtesse

Impressum

Bulletin 3, September 2006. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern

Tel. +41 (0)31 313 14 40, Fax +41 (0)31 313 14 50, sagw@sagw.ch, www.sagw.ch

Auflage: 2600 Ex.

Redaktion: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Markus Zürcher (mz), Marlis Zbinden (zb), Beatrice Kübli (bk), Martine Stoffel (ms), Christian Peter (cp), Daniela Ambühl (da)

Bilder: da S. 9, S. 15, S. 17, S. 18, S. 19, S. 21, S. 23, S. 30; Laszlo Horvath S. 52–53; Metropole Schweiz S. 55

Layout: Daniela Ambühl (da)

Umschlag: Laszlo Horvath, Bern

Korrektorat und Druck: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

- 45 Wie lässt sich die Verdichtung von Wohngebieten mit hoher Lebensqualität vereinbaren? *Matthias Buchecker und Jacqueline Frick*
- 48 Wer plant die Schweiz? Ein Bürger sucht die Antwort. *Ernst Reinhardt*
- 52 Programm Herbsttagung «Wohnen in der Metropole Schweiz»
- 54 Metropoly – die urbane Schweiz auf Reisen. *Walter Schenkel*

Mitgliedsgesellschaften – Sociétés membres

- 56 Präsidiumswechsel am Schweizerischen Institut für Kunstwissenschaft
Sandra Ruff
- 56 Neuer Präsident und neuer Vizepräsident der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK)

Publikationen – Publications

- 57 Beatrice Schmid: «Ladino (Judenspanisch) – eine Diasporasprache»
- 58 Bestellschein

Editorial

Die Akademien und die Schweiz

Von einer weiteren Öffentlichkeit kaum beachtet, haben sich die vier wissenschaftlichen Akademien der Schweiz in einem kleinen, aber feinen Akt zu den Akademien der Wissenschaften Schweiz zusammengeschlossen. Angesichts der bescheidenen Mittel, welche die Akademien zur Wahrnehmung ihrer zahlreichen Aufgaben und Verpflichtungen benötigen, ist die ausgebliebene mediale Aufmerksamkeit nicht weiter erstaunlich. Bedenklich ist hingegen, dass in einem Land, welches sich bei jeder Gelegenheit der Milizarbeit rühmt, das Engagement von rund 140 000 hoch qualifizierten Persönlichkeiten, die in rund 184 Fachgesellschaften und über 100 Fachkommissionen ehrenamtlich tätig sind, nicht höhere Wertschätzung erfährt. Jedenfalls steht nun ein einzigartiges, landesweites und äusserst kostengünstiges Expertennetzwerk bereit, um der Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik Wissen aus allen Bereichen zur Verfügung zu stellen. Die Voraussetzungen für eine wirksame und folgenreiche Bearbeitung der sich stellenden Herausforderungen sind geschaffen. Bekanntlich sind die sich stellenden Gegenwartsfragen nicht disziplinär strukturiert, Grenzen jeglicher Art sind ihnen fremd, und die Antworten finden sich mehrheitlich an den Schnittstellen der Disziplinen.

An Themen, die der interdisziplinären Bearbeitung bedürfen und im Dialog zwischen Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung angegangen werden müssen, mangelt es nicht. Eines dieser übergreifenden

Themen, das uns alle betrifft, ist die Nutzung, Ordnung und Gestaltung unseres Lebensraumes. Wie sich der Raum zwischen den materiellen Gegebenheiten und deren kulturell geprägten, symbolischen Repräsentation, zwischen individueller Wahrnehmung und sozio-politisch determinierter Nutzung konstituiert, hat Claude Reichler an der diesjährigen Präsidientenkonferenz dargelegt (siehe Seite 14). Herzog und de Meuron sowie Avenir Suisse haben daher mit den hastig hingeworfenen Schlagwörtern «alpine Brache» und «Metropolitanregion» nicht nur für öffentliche Aufregung gesorgt, sondern die aktuelle Konstruktion von Landschaft folgenreich beeinflusst und gestaltet. Verdienstvoll ist dies, weil sie damit in einer Zeit, wo eine bisher kaum beachtete Grünfläche bei Murten nationale Bekanntheit erlangt, einen überfälligen Diskurs angestossen haben. Bedenklich und symptomatisch ist es hingegen, dass sich in einer Zeit, wo der letzte und einzige Lehrstuhl für Natur- und Landschaftsschutz aufgehoben wird, die wissenschaftliche Gemeinschaft weitgehend in Schweigen geübt hat. In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften (scnat), der Schweizerischen Akademie der technischen Wissenschaften (SATW) und dem nationalen Forschungsprogramm 52 geben wir am 10. November 2006 den Forschenden das Wort. Mehr dazu erfahren Sie in unserem Dossier. Es bleibt bloss zu wünschen, dass die Akademien der Wissenschaften Schweiz, die sich

die Früherkennung und den Dialog mit der Öffentlichkeit auf die Fahne geschrieben haben, in naher Zukunft die Stichworte vorgeben und sich nicht damit begnügen, die durch die plakativen Vereinfachungen anderer verursachten Flurschäden abzuarbeiten.

Über weitere Themen von hoher praktischer und gesellschaftlicher Relevanz, die wir in unseren Schwerpunkten – Sprachen und Kulturen, Wissenschafts- und Technikforschung sowie Nachhaltigkeit – gemeinsam aufbereiten, informieren wir Sie in diesem Bulletin. Mitwirkung ist nicht nur erlaubt, sondern erwünscht. Mitwirkung und Mitsprache selbst unkonventioneller Art könnten im Hinblick auf die Botschaft über Bildung, Forschung und Innovation notwendig werden, die der

Bundesrat voraussichtlich im November vorlegen wird. Sollten sich die Vorstellungen des Finanzdepartements durchsetzen, so wird nicht die alpine, sondern die geistige Brache Aufnahme in den aktiven Wortschatz der Schweiz finden. Weshalb dem so ist, erfahren Sie in der Rubrik Wissenschaftspolitik. Schweigen seitens der Wissenschaft ist mit Blick auf die künftige Gestaltung des Lebens- und Arbeitsraums Schweiz nicht angezeigt, und die Akademien mit ihren zahlreichen Gefässen bieten zahlreiche Möglichkeiten der Wortergreifung und Einmischung. Nutzen Sie diese!

Dr. Markus Zürcher
Generalsekretär

Nur 4,5% Ausgabenwachstum im Bereich Bildung, Forschung und Innovation

(bk) Anfang Juli beschloss der Bundesrat im Bereich Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2008–2010 ein jährliches Ausgabenwachstum von 4,5%. Damit erhält der BFI-Bereich angesichts der Schuldenbremse zwar mehr als andere Bereiche (3%), dennoch reicht das höchstens zur Erhaltung der gegenwärtigen Notstandssituation. Bildungspolitiker warnen vor dem Verlust einer der wichtigsten Ressourcen der Schweiz. Mit einem Ausgabenwachstum von 4,5% lassen sich kaum die anfallenden Kosten decken, geschweige denn, dass die Schweiz damit in der internationalen Forschung bestehen könnte.

Der Beschluss zu einem jährlichen Ausgabenwachstum von 4,5% im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2008–2011 ist ernüchternd. Über die jährliche Zuwachsrate wird bereits seit Anfang Jahr rege diskutiert. Aber weder aus den Bereichen Wissenschaft, Politik oder Wirtschaft wurden bisher Stimmen laut, die von weniger als 6% sprachen. Das vom Bundesrat beschlossene jährliche Ausgabenwachstum für den BFI-Bereich liegt somit weit unter den Empfehlungen der Bildungs- und Forschungsförderungsorganisationen (SNF 10%, EDK 8%, Akademien 7,5%, SUK 6%), der Parteien (SP und Grüne 10%, FDP 8%, CVP mindestens 6%) sowie der Verbände (economiesuisse 3% des Bruttoinlandproduktes).

Überraschend ist der Entscheid allerdings nicht. Bereits beim letzten Budget siegten letztlich die Sparmassnahmen über die deklarierten Absichten. Seit 25 Jahren belegt der BFI-Bereich unverändert Rang sechs der sieben grössten Ausgabenbereiche des Bundes, obwohl seine gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung mit dem Übergang zu einer Wissenschafts- und Informationsgesellschaft immer mehr

zunimmt. Verschiedene Analysen und Studien haben bereits gezeigt, dass ein Ausgabenwachstum von mindestens 6%–10% nötig ist, unter anderem um den Anschluss an die internationale Forschung nicht zu verlieren. Bei einem Wachstum von 4,5% kann der Bund bloss die Teuerung auffangen und seinen gesetzlich geregelten Verpflichtungen im Bereich der Berufsbildung und der Fachhochschulen nachkommen. Auf der Kippe steht mit diesem Budget bereits die Beteiligung an den EU-Forschungs- und Bildungsprogrammen. Angesichts der Bedürfnisse der Universitäten, des SNF sowie der zunehmenden Studentenzahlen sprechen Bildungspolitiker von einer Notstandssituation. So hat beispielsweise der SNF bereits heute eine Ablehnungsquote von bis zu 60%, muss also Projekte ablehnen, die im internationalen Vergleich hoch qualifiziert sind. Gefährlich ist das insbesondere, da die internationale Konkurrenz kräftig in Bildung und Forschung investiert, und zwar auch seitens der öffentlichen Hand, nicht bloss seitens der Wirtschaft. Mit einem Wachstum von 4,5% lässt sich weiter der längst bekannte Schwachpunkt im Innovationsbereich, die Umsetzung von Grund-

lagenerkenntnissen in Produkte, nicht ausmerzen. Die Gefahr besteht, dass die Schweiz den sich mit der Systembiologie abzeichnenden, grossen Innovationschub mit der Folge verpasst, dass ganze Forschungsbereiche abwandern. Wie aus den Mitberichten der Bundesräte Couchepin und Deiss hervorgeht, beläuft sich der Bedarf in den Jahren 2008–2011 auf 23 Milliarden (heute 16,2 Milliarden statt der vorgesehenen 17,4 Milliarden). Der zusätzliche Aufwand beträgt gemäss Mitbericht 5,4 Milliarden, was einer jährlichen Steigerung der Ausgaben um 7,4% entspricht.

Auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben die Gefahr des drohenden Verlustes der Ressource «Bildung» erkannt. Gemäss FUTURE unterstützen insgesamt 139 Nationalrätinnen und 21 Ständeräte eine Wachstumsrate von 6%–10%. Es besteht also die Hoffnung, dass es nicht bei den 4,5% bleiben wird. Allerdings müssen wegen der Schuldenbremse

sämtliche Ausgaben über 3% kompensiert werden. Hier liegen bereits einige Vorschläge vor. Economiesuisse empfiehlt, in den Bereichen Landwirtschaft, Soziales, Verkehr und der Regionalpolitik zu sparen. Bei der Rüstung sparen und insbesondere auf die Neuanschaffung von Panzern verzichten will die SP, da ein einziger Panzer den öffentlichen Ausgaben für 392 Studierende entspreche. Die FDP ist indessen von dem Vorschlag nicht begeistert und bietet eine andere Lösung: Der Erlös aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien soll in einen «Bildungs-Infrastrukturfonds» fliessen und so 4% des Bildungsfinanzbedarfs decken.

Voraussichtlich in der Herbstsession, möglicherweise erst in der Dezembersession wird das Parlament über die eingegangenen Motionen befinden. Die BFI-Botschaft wird vom Bundesrat im November vorgelegt, das Parlament wird 2007 entscheiden.

Gründung der «Akademien der Wissenschaften Schweiz»

(bk/mz) Die vier wissenschaftlichen Akademien der Schweiz werden zukünftig ihre Zusammenarbeit verstärken und gründeten dazu am 6. Juli an der Universität Bern den Verbund «Akademien der Wissenschaften Schweiz». Insbesondere in den Bereichen der Früherkennung, der Ethik und des Dialoges mit der Gesellschaft werden die wissenschaftlichen Akademien ihre Kompetenzen weiter ausbauen und vermehrt Synergien nutzen.

Die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW), die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) schlossen sich am 6. Juli im Verbund «Akademien der Wissenschaften Schweiz» zusammen. Damit schaffen sie eine Voraussetzung für die intensivere Zusammenarbeit. Insbesondere in disziplinenübergreifenden Bereichen werden die vier wissenschaftlichen Akademien vermehrt gemeinsame Aufgaben wahrnehmen. So wollen sie gesellschaftlich relevante Themen im Bereich Bildung, Forschung und Technologie frühzeitig erkennen und kommunizieren. Sie engagieren sich weiter dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse auf ethisch vertretbare Weise erarbeitet und angewandt werden. Sie setzen sich gezielt für einen gleichberechtigten Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ein und beraten Politik und Gesellschaft in wissenschaftsbasierten, gesellschaftsrelevanten Fragen.

An der Gründungsversammlung formulierten die beiden Präsidentinnen der Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) beider Räte, Dr. Kathy



Die Sonnenblume war das Symbol der Gründung der Akademien der Wissenschaften Schweiz.

Riklin und Anita Fetz, sowie Dr. Charles Kleiber, Staatssekretär für Bildung und Forschung, ihre Erwartungen an die Akademien. Kathy Riklin begrüsst den Willen der Akademien, wissenschaftsübergreifend tätig zu werden, und forderte diese auf, ihren Beitrag zu einem Vertrauenspakt zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu leisten. Angesichts der vom Bundesrat angekündigten «Politik der leeren Kassen» im Bereich Forschung und Innovation forderte Anita Fetz die versammelte wissenschaftliche Gemeinschaft auf, «den Elfenbeinturm zu verlassen» und die breite Öffentlichkeit in den kommenden sechs Monaten von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Kredite um 10% zu überzeugen. Charles Kleiber gratulierte den Akademien zu diesem wichtigen Schritt, dem der Aufbau einer Nationalakademie folgen könnte.

Die Zusammenarbeit der vier wissenschaftlichen Akademien ist nicht neu. Bereits vor 25 Jahren gründeten sie den «Rat (vormals Konferenz) der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien» (CASS). Die eher lose Zusammenarbeit im CASS wird nun durch eine auf die gemeinsamen Kompetenzen ausgerichtete Kooperation unter einer einheitlichen strategischen Leitung abgelöst.

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz vernetzen die Wissenschaften regional, national und international. Sie vertreten die Wissenschaftsgemeinschaft disziplinär, interdisziplinär und unabhängig von Institutionen und Fächern. Ihr Netzwerk ist langfristig orientiert und der wissenschaftlichen Exzellenz verpflichtet.

Open Access

(ms) Open Access oder das Prinzip des offenen Zugangs wird in der schweizerischen Forschungslandschaft zunehmend zu einem wichtigen Thema. Überproportionale Preissteigerungen der Verlage, die grosse zeitliche Verzögerung zwischen Abgabe und Veröffentlichung eines Artikels, die erzwungene Übertragung der AutorInnenrechte an die Verlage und die Einschränkung in der Verbreitung von Forschungsergebnissen sind Hauptauslöser für dieses Interesse. Die SAGW möchte einen Beitrag zur Förderung der Debatte um Open Access liefern: Sie veröffentlicht im Herbst 2006 eine Publikation zu elektronischen Publikationen und Open Access und organisiert am Donners-tag, dem 1. März 2007, eine Tagung zu Open Access.

Ausgangslage

Am 23. Januar 2006 haben u.a. der Rat der schweizerischen Akademien (CASS), die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS), der Schweizerische Nationalfonds (SNF), die Konferenz der Fachhochschulen Schweiz (KFH) sowie die Schweizerische Konferenz der RektorInnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (SKPH) die Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen gemeinsam nach der Universität Zürich als erstunterzeichnender

Institution der Schweiz (15. Dezember 2004) signiert. Bisher wurde diese Erklärung von 170 Institutionen (letzter Eintrag: 7. Juli 2006) unterschrieben. Durch die gemeinsame Unterzeichnung manifestieren die Forschungsförderungsorganisationen der Schweiz die geschlossene Unterstützung der *Open-Access-Philosophie*, nämlich einen möglichst offenen und kostenfreien elektronischen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen für alle Interessierten.

In der Regel sind wissenschaftliche Informationen durch öffentliche Mittel

subventionierte Ergebnisse der Wissensproduktion. Als Gemeinschaftsgut sollen sie ohne Nutzungsentgelt zugänglich sein. *Open Access* hilft gleichzeitig, Zugangsschranken zum Wissen abzubauen, generiert und stimuliert damit neue Forschungsideen.

«Die Preise für die Zeitschriftenabos sind in astronomische Höhen geschneit. Die Universitätsbibliotheken können sich das einfach nicht mehr leisten. Und jede Universität muss das ganze Sortiment abonnieren, wo es doch sinnvoller wäre, sich die Abos zu teilen», sagt Alexander Borbély, Prorektor Forschung an der Universität Zürich. Zudem haben Universitäten weder Lust noch Geld, die Publikationen ihrer Forschenden von immer teurer werdenden Wissenschaftszeitschriften für ihre Bibliotheken zurückzukaufen. Der durchschnittliche Preis einer Elsevier-Zeitschrift beträgt € 1200.–, wobei maximal bis € 19 000.– für ein Abonnement bezahlt werden muss. Diese zunehmenden Preise zwingen einerseits Bibliotheken zu immer mehr Abbestellaktionen und dazu, mit anderen Bibliotheken beim Bestandsaufbau zu kooperieren. Andererseits können Forschende und AutorInnen die benötigte Forschungsliteratur nicht mehr konsultieren, und die Arbeit von WissenschaftlerInnen ist nicht mehr sichtbar. Verlage verlangen überdies, dass AutorInnen ihre Rechte abgeben, womit ihnen weitere Publikationswege und Diffusionsmöglichkeiten verbaut werden.

Umsetzung von Open Access

Institutionen, welche *Open Access* umsetzen möchten, sollten im Wesentlichen eine Politik verfolgen, welche Forschende

ermuntert, eine Kopie ihrer veröffentlichten *Peer-reviewed*-Artikel auf einem *Open-Access-Server* – auch *Repository* genannt – zur Verfügung zu stellen, sofern dem keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen (*Author-Pays-Modell*, *Self Archiving*). Die Finanzierung erfolgt z.B. durch den Autor selbst oder durch eine Förderinstitution. Diese Selbstarchivierung wird als grüner Weg zu *Open Access* bezeichnet. Zudem sollten sie ihre Artikel in einer *Open-Access-Zeitschrift* publizieren – der goldene Weg zu *Open Access*.

Open Access in der Schweiz

In der Schweiz sind an Universitätsbibliotheken Projekte zu *Open Access* im Gang. Als Beispiele zu erwähnen sind die digitale Bibliothek des Westschweizerischen Bibliotheksverbundes RERO DOC (<http://doc.rero.ch/?ln=de>), der frei zugängliche *Repository* der Universität Zürich mit wissenschaftlichen Beiträgen (noch nicht freigegeben. Aktueller Dissertationenserver: www.dissertationen.unizh.ch), die Plattform Alexandria der Universität St. Gallen (www.alexandria.unisg.ch) sowie die Stiftung SIDOS der SAGW (gegen ein kleines Entgelt können Datensätze bestellt werden: www.sidos.ch).

Einwände

Bei der Umsetzung von *Open Access* sind vier Einwände zu berücksichtigen:

1. Das Copyright kann bei der Veröffentlichung eines Artikels auf einem *Repository* ein Problem darstellen.

2. Die Valorisierung der Beiträge auf *Open-Access-Repositories* durch einen *Peer-Review*-Prozess ist für die Garantie der Qualität der Artikel wichtig.
3. In den Geistes- und Sozialwissenschaften sind es ForscherInnen nicht gewohnt, Publikationsgebühren für die Publikation ihrer Beiträge zu übernehmen.
4. Die Langzeitarchivierung der wissenschaftlichen Beiträge ist technisch nicht garantiert.

Rolle der SAGW

Die Schweizerische Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften will im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Umsetzung von *Open Access* beitragen und empfiehlt, den grünen Weg, weil er die am einfachsten zu realisierende Umsetzungsmöglichkeit ist, und wenn möglich den goldenen Weg zu verfolgen. Wir sind der Ansicht, dass Lösungen im Bereich der Langzeitarchivierung gesucht werden sollten und Druck auf Verlage bezüglich Einschränkungen des Copyrights ausgeübt werden kann. Vor allem in den Bereichen der Valorisierung und der Publikationsgebühren können wir, unter anderem durch unser ExpertInnen-netzwerk, eine aktive Rolle einnehmen. Lösungen sollten gefunden werden, welche unsere Mitgliedsgesellschaften langfristig bei ihren wissenschaftlichen Tätigkeiten unterstützen. Vor allem was die Publikation von Zeitschriften angeht, müssen Modelle entwickelt werden, welche den Mitgliedsgesellschaften die Publikation ihrer Zeitschriften in der Print- oder elektronischen Form weiter ermöglicht und fördert:

Mit einer Publikation zu elektronischen Publikationen und *Open Access* im Herbst 2006 geben wir einen Überblick zu den Formen und Möglichkeiten elektronischer Publikationen und stellen Massnahmen zur Umsetzung von *Open Access* zur Diskussion. Wir hoffen damit, einen Anstoss zu einer für die Zukunft des Wissenschaftssystems wichtigen Debatte zu leisten.

Am **1. März 2007** organisiert die SAGW eine Tagung zu *Open Access* und hofft damit, die Debatte um *Open Access* zwischen ihren Mitgliedsgesellschaften, den Hochschulbibliotheken, den ForscherInnen, den Verlagen und den HerausgeberInnen zu fördern.

Weiterführende Links und Literatur:

- Alexander Borbély, «Open Access-Journals: Gut sichtbar und leicht zugänglich.»
www.unipublic.unizh.ch, 24.08.2004.
- DOAJ, Directory of Open Access Journals, www.doaj.org.
- Elsevier, revidierte Publikationspolitik
www.elsevier.com/framework_librarians/LibraryConnect/lcpamphlet4rev.pdf.
- Max-Planck-Gesellschaft. Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen.
www.zim.mpg.de/openaccess-berlin/berlindeclaration.html und
http://oa.mpg.de/openaccess-berlin/signatories.html.
- Max-Planck-Gesellschaft. The Road to Open Access: A guide to the imple-

mentation of the Berlin Declaration. März 2005.

www.zim.mpg.de/openaccess-berlin/roadmap.html.

Stevan Harnad. The Implementation of the Berlin Declaration on Open Access. März 2005. <http://dlib.anu.edu.au/dlib/march05/harnad/03harnad.html>.

Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken: Matthias Töwe unter Mitarbeit. von Arlette Piguet. Konzeptstudie E-Archiving, Version 1.2, im Auftrag der Schweizerischen Universitätskonferenz, 2005.

<http://e-collection.ethbib.ethz.ch/show?type=bericht&nr=412>.

OAIster, <http://oaister.umdl.umich.edu/oaister/>.

OpenDOAR, The Directory of Open Access Repositories,
www.andoar.org.

Ueli Niederer, Open Access: Der vorsichtige Aufstand der Wissenschaft gegen die Profitmaximierung der wissenschaftlichen Kommunikation.
www.zhbluzern.ch/dok/OA-FHZ-056.ppt, 22.06.05.

Sherpa RoMEO, Publisher copyright policies and self-archiving,
www.sherpa.ac.uk/romeo.php.

Peter Suber, Promoting Open Access in the Humanities. 02.02.2004.
www.earlham.edu/~peters/writing/apa.htm.

Jahresversammlung der SAGW 2006 in Lausanne

An der diesjährigen Jahresversammlung der SAGW vom 16. bis 17. Juni in Lausanne diskutierten die Präsidentinnen und Präsidenten der Mitgliedgesellschaften anhand verschiedener Projekte über die transdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den vier Akademien. In der anschliessenden öffentlichen Veranstaltung waren die beiden Entwürfe zum «Gesetz über die Forschung am Menschen» und deren Auswirkungen auf die Geistes- und Sozialwissenschaften Thema. An der Delegiertenversammlung entschieden die Anwesenden schliesslich über den Beitritt der SAGW zu den «Akademien der Wissenschaften Schweiz», einem Organ mit grösseren Kompetenzen als der bisherige «Rat der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien» (CASS).

Conférence des présidents

«Les sciences humaines et sociales vers une orientation transdisciplinaire: enjeux et possibilités»

(ms) *C'est un défi tout particulier que l'Académie des sciences humaines et sociales s'est donné lors de la Conférence des présidents dans le cadre de son assemblée annuelle le 16 juin dernier. A travers une série d'exposés en provenance de divers horizons, les enjeux et les possibilités d'une orientation transdisciplinaire des sciences humaines et sociales ont été mis en exergue par différents experts.*

Jacques Besson, vice-recteur «Recherche et Affaires étudiantes» à l'Université de Lausanne, a ouvert la conférence en présentant le projet «Anthropos». La mission de ce projet consiste à favoriser la création de nouveaux savoirs à travers des projets interdisciplinaires et à rapprocher les acteurs de la communauté universitaire. Les projets qui répondent à un certain nombre de critères d'interdisciplinarité reçoivent un label octroyé par «Anthropos». Avec ses douze dossiers d'une grande variété, «Anthropos» fonctionne bien.

Martina Merz, collaboratrice scientifique à l'Observatoire science, politique et société à l'Université de Lausanne, a ana-

lysé la transdisciplinarité à travers le cas des STS (Science and Technology Studies ou études sociales et culturelles des sciences techniques). Le but des STS en tant que laboratoire d'interdisciplinarité est d'analyser la place des sciences techniques dans la société de façon interdisciplinaire. Les nanotechnologies par exemple se prêtent particulièrement bien à une étude STS de par les trois possibilités d'analyses suivantes: l'analyse des innovations dans le domaine des nanotechnologies et l'analyse des discours des citoyens sur les nanotechnologies.

Andreas Zuberbühler, président du conseil scientifique de l'Académie suisse

Jacques Besson, vice-recteur «Recherche et Affaires étudiantes» à l'Université de Lausanne, a ouvert la conférence en présentant le projet «Anthropos». A gauche Martina Merz, à droite Andreas Zuberbühler.



des sciences techniques (SATW) a discuté de la nécessité d'une confrontation transdisciplinaire avec l'apport durable en énergie. Les trois domaines reliés de l'économie, la société et l'environnement doivent être pris soigneusement en compte lors de l'analyse du concept inter- et transdisciplinaire de la durabilité. Andreas Zuberbühler a donné les recommandations suivantes aux quatre académies:

1. Les quatre Académies (SATW, SCNAT, ASSM et ASSH) doivent jouer leur rôle dans le débat concernant l'apport durable en énergie.
2. Les analyses dans ce domaine doivent se faire non seulement de façon interdisciplinaire, mais aussi de façon transdisciplinaire.
3. Une influence dans le domaine de la politique énergétique est hautement souhaitable.
4. Les quatre Académies doivent remplir leur responsabilité dans le cadre de ce débat.

Claude Reichler, professeur de littérature française et d'histoire de la culture à l'Université de Lausanne, a démontré que l'interdisciplinarité se construit à partir d'objets de connaissance. Il a analysé la

construction des perceptions du paysage sous un angle interdisciplinaire. La perception du paysage est influencée par les sciences naturelles, les sciences sociales, les sciences culturelles et les sciences de la perception. Il a présenté un modèle intégrateur qui montre comment les sciences peuvent agir en vue de l'analyse de l'objet. Quatre pôles permettent d'envisager le sujet sous un angle différent et créent entre eux un champ relationnel: le pôle du sujet, le pôle du social, le pôle biologique et physique et le pôle esthétique et culturel.

Grâce à son expérience d'enseignement transdisciplinaire des sciences humaines et sociales à la faculté de médecine à Genève, Micheline Louis-Courvoisier, maître d'enseignement et de recherche à l'Institut d'éthique biomédicale de l'Université de Genève, a présenté les difficultés et les richesses transdisciplinaires auxquelles elle a été confrontée. Elle a par exemple souligné l'appartenance facultaire des enseignants et les schémas de pensées qui en résultent: un enseignant dans la faculté de médecine doit-il provenir de la faculté des lettres ou de médecine? La possibilité de mener un dialogue interdisciplinaire sur les angles d'approche possible d'un thème a également été mentionnée.

La présidente de l'ASSH Anne-Claude Berthoud a par la suite ouvert le débat. Différents aspects de l'interdisciplinarité ont été thématiques. Le rôle de l'anthropologie dans le domaine de la chirurgie a été soulevé: la compréhension de la transplantation par exemple peut varier selon le contexte culturel. Certains participants ont mis en évidence la nécessité d'une prise de position de l'ASSH dans le débat qui porte sur le développement durable et la gestion durable de l'énergie à travers sa commission développement durable.

Puis le débat a porté sur la formation possible de spécialistes dans le domaine de l'interdisciplinarité: Comment être spécialiste dans des domaines interdisciplinaires? Faut-il commencer par spécialiser les chercheurs et ensuite leur offrir une formation interdisciplinaire ou le contraire? Dans ce cadre, la définition même de l'interdisciplinaire a été débattue. Finalement, les participants de la Conférence des présidents ont signalé leur accord sur la nécessité de développer des outils qui permettent une analyse interdisciplinaire.

Öffentliche Veranstaltung

«Gesetz über die Forschung am Menschen»

(bk) Die öffentliche Veranstaltung, welche von hundert Interessierten besucht wurde, war dem «Gesetz über die Forschung am Menschen» gewidmet. Seit 1998 gibt es eine biomedizinische Konvention des Europarates. Nun soll die Forschung am Menschen auch im Schweizer Recht geregelt werden. Die beiden Entwürfe des Verfassungsartikels und des Humanforschungsgesetzes betreffen zwar in erster Linie die Medizin, aber auch die Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere die Psychologie, sind davon betroffen. Wie zahlreiche andere Institutionen hat die SAGW zu beiden Entwürfen Stellung genommen (siehe Website www.sagw.ch, Publikationen/Presse). Aus den Reihen der Geistes- und Sozialwissenschaften wurden kritische Stimmen laut, insbesondere was die Forschung mit Kindern und Behinderten betrifft. Begrüsst wurde hingegen, dass es in der Schweiz jetzt eine öffentliche Debatte zu diesem Thema gibt.

Die neue gesetzliche Forderung soll das Bedürfnis nach einer einheitlichen, kantonsübergreifenden und von Wissenschaft und Bevölkerung gleichermaßen anerkannten Regelung decken. Verschiedene juristische und ethische Prinzipien müssen berücksichtigt werden, jenes der For-

schungsfreiheit, der Würde des Menschen, des Schutzes vor Unversehrtheit sowie des Datenschutzes, erklärte Rainer J. Schweizer, Ordinarius für öffentliches Recht. Der deutsche Text ist allerdings bezüglich der Hierarchie der zugrunde liegenden Prinzipien undeutlich, so dass der Eindruck ent-



Diskussionsrunde an der Öffentlichen Veranstaltung «Gesetz über die Forschung am Menschen». V.l.n.r.: SAGW-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Rainer J. Schweizer, Prof. Dr. Alexander Grob, Prof. Dr. Michel Vallotton.

steht, die Forschungsfreiheit stehe über der Würde des Menschen. Weiter erweckt der Gesetzestext eher den Eindruck, dass sich die Forschung verteidigt; die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Solidarität würden nicht berücksichtigt, bedauerte Alberto Bondolfi, Professor und Mitglied der nationalen Ethikkommission für die Forschung am Menschen. Es brauche die Ethikkommissionen um die Projekte in ihrer Individualität zu beurteilen. Insbesondere weil sich die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Forschung gewandelt hat. Wo zuvor Neugier und Faszination dominierten, herrscht heute vermehrt Skepsis, und Forschung muss sich den neuen Bedingungen anpassen. Es geht darum, die Autonomie des Individuums zu sichern und gleichzeitig soweit nötig an die Solidarität zu appellieren. Die zuständige Instanz muss also sowohl kompetent als auch unabhängig sein.

Damit heute in der Schweiz ein sogenanntes «Forschungsprojekt am Menschen» durchgeführt werden kann, muss es zunächst von der kantonalen Ethikkommission geprüft und bewilligt werden. Es gibt Rechte und Richtlinien zu respektie-

ren. Berücksichtigt werden müssen auch verschiedene ethische Prinzipien wie jenes der Autonomie und der Gerechtigkeit. Michel Vallotton präsentierte einige der wichtigsten internationalen Richtlinien und fragt angesichts der bestehenden Regeln nach dem Nutzen eines Gesetzes. Die kantonalen Regelungen sollen harmonisiert werden, erklärte er gleich darauf, die Regelungen an das europäische Recht angeglichen werden. Wichtig sei auch die Einführung von Massnahmen, die ergriffen werden können, wenn das Gesetz nicht eingehalten werde.

Zu welchen Problemen es führen kann, wenn die Forschung am Menschen gesetzlich nicht klar geregelt ist, erfuhr kürzlich das Forschungsprojekt SESAM – «Swiss Etiological Study of Adjustment and Mental Health» (siehe Bulletin 2/06). Alexander Grob, Ordinarius für Entwicklungs- und Persönlichkeitspsychologie und stellvertretender Direktor von SESAM, nutzte die Veranstaltung, um das Projekt nochmals vorzustellen. Danach ging er auf die Kritiken ein, insbesondere auf den Vorwurf, es handle sich um fremdnutzige Forschung an Kindern. Grundlagen-



Prof. Dr. Alberto Bondolfi und Carola Meier-Seethaler nahmen ebenfalls aktiv an der Veranstaltung teil.

forschung sei in der Regel ohne direkten Nutzen für Teilnehmer, erklärte Alexander Grob, stattdessen stelle sie einen potenziellen Nutzen für andere Betroffene dar.

An der folgenden Podiumsdiskussion präsentierte Carola Meier-Seethaler, Philosophin, Psychotherapeutin und bis vor kurzem Mitglied der Nationalen Ethikkommission im Bereich Humanmedizin, ihre grundsätzlichen Einwände zum Forschungsgesetz, namentlich die hohe Stellung der Forschung, welche bisweilen über den Schutz der Menschenwürde gestellt wird. Grund zur Diskussion gab der Artikel 10, welcher eine unvollständige oder irreführende Information der Versuchsperson zulässt sowie die Forschung an unmündigen oder urteilsunfähigen Personen. Herr Grob zeigt die Konsequenzen eines entsprechenden Verbots, welches letztlich dazu führen würde, dass Medikamente für Kinder nicht mehr in klinischen Studien geprüft und weiterentwickelt werden könnten. A. Bondolfi betonte, solche «verletzlichen» Gruppen in die Forschung einzubeziehen sei wichtig, da sonst keine Verbesserungen möglich sind. Auch M. Valloton warnte davor, mit Schutzmassnahmen bestimmte Bevölkerungsgruppen von Hilfemassnahmen auszuschliessen.

Aus dem Publikum wurde moniert, dass der gesunde Menschenverstand abgeschaltet und durch sture Prinzipien ersetzt werde, was zu semantischen Diskussionen führe. Ob ein solches Gesetz überhaupt sinnvoll ist? A. Grob berichtete aus seiner Erfahrung mit SESAM und legte dar, wie aufgrund mangelnder gesetzlicher Grundlage das Projekt von Pressuregroups zeitweise lahm gelegt wurde. A. Bondolfi wies darauf hin, dass ein Gesetz für die Entscheidungsträger Erleichterung bringt. Aus dem Publikum wurde er unterstützt: «Wir können uns nicht auf Dinge wie den gesunden Menschenverstand verlassen», hiess es, «da darüber keine einheitliche Auffassung besteht.» Die Frage tauchte auf, welche Gesetzgebung es denn für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung brauche. A. Grob begrüsst grundsätzlich das neue Gesetz, forderte aber, dass die Prinzipien Forschungsfreiheit und Würde des Menschen in Einklang stehen. Weiter war er der Ansicht, dass sich das Gesetz nicht nur auf die Medizin und die Psychologie beziehen soll, sondern auf ein umfassenderes Gebiet. R. Schweizer schlug vor, nicht in Disziplinen, sondern in Kategorien von Projekten zu unterscheiden. Juristen mischten sich nicht gerne in die Forschungsregulierung ein, schloss er, aber in letzter Zeit hätten die Konflikte in der Forschung zugenommen. Ein Gesetz sei also letztlich im Sinne der Forschenden.

In ihrem Abschlusswort bat die SAGW-Präsidentin Anne-Claude Berthoud darum, das Gesetz nicht allzu präzise zu formulieren, damit auch weiterhin ein Interpretationsspielraum bleibe, der die Anpassung auf die konkrete Situation ermöglicht.



Delegiertenversammlung vom 17. Juni 2006

(bk) Im Zentrum der diesjährigen Delegiertenversammlung stand der Beitritt der SAGW zu den «Akademien der Wissenschaften Schweiz» (siehe unter «Wissenschaftspolitik» in diesem Bulletin). Die statutarischen Geschäfte verliefen ohne Besonderheiten, fünf Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Prof. Dr. Jean-Jacques Marchand trat aus dem Vorstand zurück. Neu dabei ist Prof. Dr. Simona Pekarek Doehler. Weiter hat die Akademie zwei neue Ehrenmitglieder.

Beitritt der SAGW zu den «Akademien der Wissenschaften Schweiz»

Die vier wissenschaftlichen Akademien wollen sich durch eine klare Strukturierung ihrer heute wahrgenommenen Aufgaben und eine engere Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen in einem reorganisierten Forschungssystem Schweiz einheitlich positionieren. Zu diesem Zweck soll der bisherige «Rat der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien» (CASS) durch den neuen strategischen Verbund «Akademien der Wissenschaften Schweiz» abgelöst werden. Mit der koordinierten oder gemeinsamen Bearbeitung von Themen wollen die vier Akademien

ein einheitliches und gegen aussen entsprechend kommunizierbares Profil erlangen.

Die Akademien werden auch zukünftig ihre Grundaufgaben (Bsp. Betreuung der Mitgliedsgesellschaften) und ihre Zusatzaufgaben (Bsp. Betreuung von langfristigen Unternehmen) unabhängig vom Verbund erledigen. Gemeinsam tätig werden sie im Bereich der Kernaufgaben: Früherkennung, Ethik und Dialog Wissenschaft und Gesellschaft.

Als strategischer Verbund werden sie gemeinsam

- die strategische Führung und Abstimmung der koordinierten Aufgaben in den Bereichen Früherkennung, Ethik

und Dialog Wissenschaft und Gesellschaft gewährleisten;

- zu übergreifenden gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Fragen Stellung nehmen;
- die Interessen der vier Akademien in internationalen disziplinübergreifenden Organisationen wahrnehmen;
- gemeinsam Positionen gegenüber den wissenschaftsfördernden Behörden und Institutionen wahrnehmen.

Der Beitritt der SAGW zu den «Akademien der Wissenschaften Schweiz» gab kaum Anlass zu Diskussionen. Vorbehalte gab es lediglich von einer Seite bezüglich des Nutzens. Markus Zürcher stellte jedoch klar, dass an einen Alleingang nicht zu denken ist. Die Behörden werden zukünftig nur noch mit einer Instanz verhandeln, dem Verbund «Akademien der Wissenschaften Schweiz». Ist die SAGW nicht Mitglied, erhält sie keine direkten Informationen mehr und ist auf den Goodwill der Schwesterakademien angewiesen. Mit einer Enthaltung stimmten die Delegierten dem Beitritt sowie den erforderlichen Statutenänderungen zu. Als Delegierte der SAGW in den «Akademien der Wissenschaften Schweiz» wurden die Vorstandsmitglieder Anne Hochuli-Gysel, Rainer J. Schweizer und Erwin Koller gewählt.

Wahlen im Vorstand

An der Jahresversammlung vom 17. Juni 2006 wurden folgende Vorstandsmitglieder für eine Amtsperiode von drei Jahren wiedergewählt:

Prof. Dr. Ueli Zimmerli (Quästor)
Prof. Dr. Beatrice Schmid (Sektion I)
Dr. Anne Hochuli-Gysel (Sektion II)
Dr. Erwin Koller (ad personam)
Prof. Dr. Volker Reinhardt (ad personam)

Wir wünschen den Wiedergewählten eine gute und erfolgreiche Amtszeit.

Election d'une nouvelle membre du Comité ASSH

Lors de l'assemblée annuelle, **Prof. Dr. Simona Pekarek Doehler** a été élue comme nouvelle membre du Comité de l'ASSH. Elle remplace le Professeur Jean-Jacques Marchand.

Simona Pekarek Doehler est Professeure ordinaire de linguistique appliquée au Centre de Linguistique appliquée à l'Université de Neuchâtel. Son domaine de recherche et d'enseignement est l'acquisition des langues secondes, grammaire et interactions, linguistique interactionnelle, interactions institutionnelles, apprentissage et enseignement des langues et plurilinguisme. Elle est membre du comité de la société suisse de linguistique.

Nous nous réjouissons de la collaboration avec Mme Pekarek et lui souhaitons un travail agréable et rempli de succès au sein du comité.

Neue Ehrenmitglieder

Die Abgeordnetenversammlung vom 17. Juni hat zwei Ehrenmitglieder ernannt:



Unsere neuen Ehrenmitglieder:
Willi Roos und René Levy (v.l.n.r.).

Dipl. Ing. Willi Roos arbeitete als Entwicklungsingenieur bei BBC Schweiz und war bis 1997 stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsleitung der ABB Schweiz. In den Vorstand der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) wurde er 1997 berufen, und er präsierte die SATW während fünf Jahren bis 2004. Als Präsident des Rates der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien (CASS) hat sich Willi Roos im Besonderen um die Gründung der Akademien der Wissenschaften Schweiz grosse Verdienste erworben.

Prof. Dr. René Levy engagierte sich in verschiedenen Gremien der Akademie. Besondere Verdienste hat er sich durch seinen Einsatz für die Gründung von SIDOS sowie die Lancierung des Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» erworben. Sein langjähriger Einsatz für die Entwicklung sozialwissenschaftlicher Forschungsinfrastrukturen ist für die Akademie beispielhaft. René Levy hat überdies Pionierarbeit im Bereich der empirischen Sozialforschung in der Schweiz geleistet.

Mehrjahresplanung 2008–2011

Die Delegierten wurden über die wichtigsten Ziele der kommenden Planungsperiode orientiert (siehe Bulletin 1/06).

Unternehmen der Akademie: Die SAGW führt mehrere «wissenschaftliche Hilfsdienste» als Infrastrukturdienste für die Forschung. Um die mit der Aufgabe der Infrastrukturdienste unvereinbare, stete Unsicherheit zu eliminieren, beantragte die SAGW, dass ihr für die Führung sämtlicher Unternehmen – SIDOS, IFS, DDS, KdS – vom SBF ein Mandat erteilt wird, so dass diese ab 2008 wie die Nationalen Wörterbücher und die «Année politique» auf klarer rechtlicher Grundlage als Zusatzaufgaben im Auftrag des Bundes geführt werden können. Ferner beantragte die SAGW neu substantielle Mittel für zwei ausgewiesene Unternehmen, die Arbeitsstelle Schweiz des «Répertoire International des Sources Musicales» (RISM) und das «Corpus Vitrearum».

ForS: Die teilweise vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF), teilweise von der SAGW finanzierten, mehrheitlich aus

dem Schwerpunktprogramm Zukunft Schweiz erwachsenen, bestehenden Infrastruktureinrichtungen – SIDOS, Jahrbuch für Schweizerische Politik (AP), *Swiss Electoral Studies* (Selects), Schweizer Haushalt-Panel (SHP), *European Social Survey* (ESS), *International Social Science* Programme (ISSP) und Sozialbericht – sollen unter einem Dach gebündelt und mit der universitären Forschung und Lehre verknüpft werden. Letzteres soll dadurch erreicht werden, dass sich eine schweizerische Universität mit substantiellen Beiträgen an ForS beteiligt und mit diesen Mitteln und ihren Kompetenzen in Zusammenarbeit mit weiteren interessierten Universitäten eine auf die genannten Datenbestände bezogene Forschungs- und Lehrfähigkeit entfaltet. Die für ForS konstitutive Mission ist die Kombination von Forschung, Infrastruktur und Dienstleistungen: Thematisch orientierte Forschung, Dauerbeobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung (*Monitoring*) sowie Dienstleistungen zugunsten der wissenschaftlichen Gemeinschaft bilden die drei zentralen Geschäftsfelder. Während die Forschung den innovativen Kern des Zentrums darstellt, können die Felder Monitoring und Dienstleistungen auf bestehenden Vorleistungen aufbauen und diese konsolidieren und weiterführen. Mit ForS soll ein nationales Kompetenzzentrum mit internationaler Ausstrahlung geschaffen

werden. Im Bereich der Sozialwissenschaften soll ForS einen zentralen Beitrag zur Realisierung des Hochschul- und Forschungsraums Schweiz leisten und zugleich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Sozialforschung entschieden stärken.

infoclio.ch: Angesichts der internationalen Entwicklungen und der aktuellen nationalen Diskussionen haben die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (SGG) und die SAGW gemeinsam die Initiative ergriffen, um mit infoclio.ch ein Projekt anzustossen, das für die historischen Wissenschaften die Möglichkeit bietet, die Aufbereitung und Sicherung von Daten sowie die Vermittlung von historischem Wissen professionell zu unterstützen. infoclio.ch will für die Geschichtswissenschaften eine Plattform bieten, die es ermöglicht, eine inhaltlich abgestützte Nutzung neuer Informationstechnologien für die Schweiz nachhaltig sicherzustellen. infoclio.ch soll die Präsenz und Sichtbarkeit der historischen, geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung in der Schweiz und in der internationalen *scientific community* stärken, synergiefähige Verbindungen zwischen bestehenden Institutionen und Angeboten schaffen und die Zugänglichkeit von Informationen im aktuellen, digitalen Kontext langfristig sichern.

Jahresversammlung 2007

Die nächste Jahresversammlung findet am 15./16. Juni an der Universität Bern statt. Sie umfasst die Präsidentenkonferenz, die öffentliche Veranstaltung, die Sektionssitzungen und die Delegiertenversammlung.



Les lauréats du Prix Jubilé: Gabriella Aragione et Michael Gnehm.

Remise du Prix Jubilé

(ms) Dans le cadre de son assemblée annuelle, l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) a récompensé deux jeunes chercheurs pour leur article de très haute qualité scientifique. Michael Gnehm de l'EPFZ a reçu le montant de CHF 10 000.– du Prix Jubilé. Gabriella Aragione a quand à elle gagné les CHF 5000.– du Prix «littéraire» de la Fondation Marie et Ernst Alker-Pawelke.

Le Prix Jubilé

Le Prix Jubilé 2006 a été remis à Michael Gnehm (Ecole polytechnique de Zurich) pour son article «*Cum auctoritate et ratione decoris*. Bildinterpretationen in den Vitruvkommentaren W.H. Ryffs» paru dans *Das Bild als Autorität: Die normierende Kraft des Bildes*.

Interprétations de l'image dans les commentaires de Vitruve chez Walther Ryff

Le célèbre traité d'architecture *Au sujet de l'Architecture de Vitruve* qui date du premier siècle après Jésus-Christ a été transmis sans les illustrations auxquelles le texte se réfère plusieurs fois. Ce fait a donné lieu à de nombreuses réflexions,

notamment en 1548 dans la traduction de ce traité par Walther Ryff. Michael Gnehm livre une étude d'une densité remarquable dans son article: il ne limite pas seulement son analyse aux reproductions de Walther Ryff dans *Vitruvius Teutsch*, mais intègre également un autre de ses recueils avec des commentaires sur la littérature artistique italienne. Michael Gnehm livre, à travers une lecture détaillée et attentive des deux sources et en intégrant *l'Enéide* de Virgile, une analyse d'une grande précision de la notion de l'image de Walther Ryff et de son positionnement original par rapport à la problématique texte-image. Le jeune auteur parvient à surmonter le niveau de réflexion commun de l'époque en utilisant de façon exemplaire une

approche méthodologique comparative dans sa recherche théorique et historique dans le domaine de l'architecture. Sa grande vigilance et son analyse particulièrement pertinente ont provoqué l'admiration du jury du Prix Jubilé. Michael Gnehm est collaborateur scientifique auprès du professeur Andreas Tönnemann à l'*Institut für Geschichte und Theorie der Architektur (gta)* à l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich.

Prix littéraire de la Fondation Marie et Ernst Alker-Pawelke

Dans le cadre du Prix Jubilé 2006, le Prix «littéraire» Alker-Pawelke a été remis à Gabriella Aragione (Université de Lausanne) pour son article «Tecla di Iconio e Ipparchia di Maronea: Modelli di conversione al femminile?» paru dans la *Rivista di storia del cristianesimo*.

Etude d'une figure de la littérature apocryphe chrétienne

L'article de Gabriella Aragione porte sur un aspect du personnage de Thècle dans les *Actes de Paul* qui n'avait pas encore

reçu d'attention jusqu'à présent: l'analogie entre la narration et la conversion de Thècle au christianisme et celle de la conversion philosophique de Hipparchia de Maronée, racontée par Diogène Laërce et par d'autres sources anciennes. Gabriella Aragione dégage un modèle narratif employé aussi bien par des non-chrétiens que par des chrétiens en utilisant des récits antiques sur des femmes qui «envahissent» l'espace réservé aux hommes, visant à suggérer un rôle masculin pour la femme qui désire aller au-delà des «frontières» imposées au sexe féminin; ce rôle implique des transformations dans le corps, la conduite et la relation aux autres personnes et aux espaces de la vie sociale. Sa sensibilité de philologue et d'historienne, son intérêt pour l'histoire de la philosophie ainsi que son aisance à se déplacer dans le domaine de l'histoire et de la littérature du premier christianisme lui permettent de développer des questions ouvertes et de les analyser avec une grande pertinence. Gabriella Aragione est assistante en histoire du christianisme à la faculté de théologie de l'Université de Lausanne auprès du professeur Eric Junod.

Prix Jubilé 2007

Pour les jeunes chercheuses et chercheurs en sciences humaines et sociales: lancement de la 11^e édition

(ms) Depuis bientôt onze ans, le Prix Jubilé met en valeur les travaux de jeunes chercheuses et chercheurs talentueux issus de toutes les disciplines en sciences humaines et sociales et qui incarnent l'excellence académique de demain.

Créé en 1996 lors des cinquante ans de l'ASSH, le Prix Jubilé (Fr. 10 000.–) récompense un article de haute qualité rédigé par une chercheuse ou un chercheur de la relève scientifique suisse. Un jury qualifié composé de huit professeurs, tous rattachés à une université suisse, désigne chaque année le lauréat. L'édition 2007 permettra une nouvelle fois la promotion de jeunes talents et le soutien à la diversité et à la qualité actuelle et future de la recherche en sciences humaines et sociales.

Conditions de participation

L'article doit avoir paru dans une publication scientifique en sciences humaines et sociales (revues, recueil d'articles, etc.) suisse ou étrangère entre le 1^{er} octobre 2005 et le 30 septembre 2006. La limite d'âge est fixée à 38 ans.

Dossier de candidature

Trois documents composent le dossier de chaque candidat:

- une copie de l'article choisi pour concourir;
- une lettre de recommandation rédigée par un professeur d'une université suisse, la présidente ou le président d'une société membre de l'Académie ou l'un des membres du comité de rédaction de la publication;
- un curriculum vitae.

Le délai d'envoi des candidatures des dossiers est fixé au **15 décembre 2006**.

Adresse:
Académie suisse des sciences humaines et sociales
Prix Jubilé
Case postale 8160
3001 Berne

Informations et règlement disponibles sous www.assh.ch (prix) ou martine.stoffel@sagw.ch

SIDOS: Direktor Dominique Joye tritt zurück

Dominique Joye verlässt den «Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften» (SIDOS) auf Ende September, um eine Professur an der Universität Lausanne anzunehmen.

Bereits vor langer Zeit stand fest, dass SIDOS als reines Datenarchiv kaum Zukunftschancen hat; mit den gesammelten Daten muss auch geforscht werden. Mit Dominique Joye konnte 1999 der geeignete Direktor gefunden werden, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist ihm gelungen, SIDOS enger mit der universitären Forschung und Lehre zu verknüpfen, unter anderem indem er zahlreiche Forschungsprojekte und grosse Erhebungen akquirieren konnte. Von grosser Bedeutung für SIDOS war, dass es mit Dominique Joye von einem sowohl national als auch international tätigen Forscher geführt wurde. So verhalf er dem Unternehmen zu europäischen Forschungsprojekten und positionierte SIDOS im internationalen Bereich, vor allem im Rahmen des Europäischen Zusammenschlusses der Datenarchive (CASSDA).

Dass SIDOS mittlerweile bei einem Grundbeitrag von 1 Mio. Franken einen Umsatz von knapp 2 Mio. Franken aufweist, also Drittmittel im Umfang von 100% einholen kann, ist ein weiteres Verdienst von Dominique Joye. Ihm gebührt unser grösster Dank und wir wünschen ihm für die Zukunft viel Glück und Erfolg.

Bis die Neupositionierung von SIDOS im Rahmen des Forschungszentrums Sozialwissenschaften (ForS) geklärt ist, wird die Direktion von SIDOS nicht neu ausgeschrieben. Die Leitung ad interim übernimmt Reto Hadorn, der bei SIDOS seit dessen Gründung tätig ist. Wir freuen uns, dass die Führung in dieser mit Unsicherheit verbundenen Phase durch eine Persönlichkeit wahrgenommen wird, die mit allen Aspekten von SIDOS vertraut ist und für dessen Kontinuität steht.

Die «Schweizerische Politik» auf DVD

Hans Hirter, Leiter Jahrbuch Schweizerische Politik

Das vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern (IPW) publizierte «Jahrbuch Schweizerische Politik/Année politique suisse» (SPJ/APS) wird seit Anfang 2005 massgeblich von der SAGW finanziert und ist als Unternehmen in diese eingegliedert. Die Geschichte dieser politischen Jahreschronik ist aber wesentlich älter. In diesem Herbst wird sie zum vierzigsten Mal als eigenständige Publikation veröffentlicht. Zur Feier dieses Jubiläums haben sich die SAGW und das IPW ein besonderes Geschenk für alle an der schweizerischen Politik Interessierten ausgedacht. Wir werden die gesammelten vierzig Jahre «Schweizerische Politik» (das sind rund 12 000 Druckseiten) auf einer DVD mit intelligenten Suchfunktionen anbieten.

Der Zweck und die Zielsetzung des Jahrbuchs sind in diesen vierzig Jahren nicht verändert worden. Es handelte immer davon, das politische Geschehen in der Schweiz kontinuierlich, umfassend, unparteiisch und detailliert darzustellen. Heute würde man das wohl als wissenschaftliches Monitoring der Politik bezeichnen. Im Vordergrund stehen dabei die sachpolitischen Entscheidungsprozesse und die Wahlen. Bei der Darstellung der Gesetzgebungsprozesse, der politischen Entwicklungen, Ereignisse und Auseinandersetzungen liegt das Schwergewicht auf der Bundespolitik; die legislativen Prozesse in den Kantonen werden zwar auch vollständig, aber bloss summarisch erfasst. Bei der Darstellung dieser politischen Auseinandersetzungen besteht der Anspruch, die unterschiedlichen politischen Interessen, Meinungen und Kräfteverhältnisse aufzuzeigen und einzelne Ereignisse durch den Einbezug von Forschungsergebnissen und Strukturdaten in übergeordnete gesellschaftliche Entwicklungen einzubetten. Dabei belegen genaue Quellenangaben die einzelnen Aussagen und erleichtern,

zusammen mit Hinweisen auf aktuelle Literatur, eine weiterführende Beschäftigung mit den Themen.

Nicht nur die Zielsetzung, sondern auch die inhaltliche Gliederung und der Kapitelaufbau sind in den letzten vierzig Jahren im Wesentlichen beibehalten worden, wobei selbstverständlich dem Bedeutungswandel in der Politik Rechnung getragen worden ist. So ist zum Beispiel der Text über den Umweltschutz bis in die neunziger Jahre von drei auf rund 15 Seiten angewachsen und seither wieder auf zehn Seiten geschrumpft. Aber auch wenn der Umweltschutz zeitweise zu einem der wichtigsten politischen Themen geworden ist, behielt er in der Darstellung seinen Platz in der Mitte des Berichts und rückte nicht auf die ersten Seiten vor.

Dieser Konservatismus bei der formalen und inhaltlichen Gestaltung lässt sich aus der Zielsetzung und Verwendung der Publikation erklären. Politische Prozesse werden in der Regel nicht im Verlaufe eines Kalenderjahres abgeschlossen, sondern sie ziehen sich über mehrere Jahre hinweg. Um diese Prozesse über diverse

Jahrgänge der Chronik hinweg verfolgen zu können, ist es sinnvoll, die inhaltliche Gliederung und auch die Darstellungsweise möglichst konstant zu halten. Die Benutzer und Benutzerinnen der SPJ (vor allem Medienschaffende, Politiker, Studierende und Wissenschaftlerinnen) versichern uns, dass in der Verwendung der SPJ über mehrere Jahre hinweg die grösste Bedeutung dieses Jahrbuchs liegt. Diese Benutzung kann im Sinne eines Nachschlagewerkes für ein einzelnes Ereignis erfolgen, wie z.B. Kampagne, Resultat und Analyse einer bestimmten Volksabstimmung, oder aber als Arbeitsmittel zur Rekonstruktion eines sich über mehrere Jahre hinziehenden politischen Prozesses. Der Nutzwert der Chronik wird durch die neue DVD-Ausgabe wesentlich gesteigert werden. Da vierzig Jahre in der Politik doch eine recht lange Zeit sind (so gab es zum Beispiel in dieser Zeitspanne nicht weniger als 350 Volksabstimmungen auf Bundesebene), haben auch Spezialisten keinen Überblick mehr über die Gesamtheit der politischen Ereignisse dieser Periode. Die Recherche nach bestimmten Themen und Akteuren ist in den heute vorlie-

genden vierzig Büchern trotz Sach- und Personenindex und Überblickstabellen zeitaufwändig geworden. Die elektronische Publikation der Texte auf einer DVD mit klugen Suchfunktionen wird das Auffinden von einzelnen Ereignissen massiv erleichtern und beschleunigen. Für die Verfolgung von langfristigen sachpolitischen Entscheidungsprozessen werden sich mit der DVD aus den einzelnen Jahrestexten kohärente Fortsetzungsgeschichten anfertigen lassen. Diese Jubiläums-DVD zur schweizerischen Politik wird etwas Einzigartiges sein, das es in dieser Form in keinem anderen Land gibt. Sie wird aber keine einmalige Sache bleiben. Die SAGW und das IPW haben die Entwicklungsarbeit so konzipiert, dass die DVD in Zukunft regelmässig mit dem Inhalt der weiterhin erscheinenden Jahrbücher aktualisiert wird.

Die DVD erscheint Ende 2006 zu einem Preis von rund Franken 130.-. Bisherige Abonnenten des «Jahrbuchs Schweizerische Politik/Année politique suisse» erhalten einen Rabatt.

Speichern erwünscht!

Auswertung des Fragebogens zu den Online-Formularen für die Beitragsgesuche

(da) Aufgrund der geringen Zahl an Beitragsgesuchen, die über die Online-Administration erfasst wurden, hat die SAGW einen Fragebogen verschickt. Dank einem Rücklauf von knapp 30% war die Auswertung aufschlussreich. Ein herzliches Dankeschön an alle, die den Fragebogen an uns zurückgeschickt haben!

Guter Rücklauf

Von insgesamt 54 verschickten Fragebogen kamen 16 ausgefüllt zurück. Dieser Rücklauf führte zu interessanten Ergebnissen. Es zeigte sich, dass die meisten Beitragsgesuche mittels PDF-Dokumenten eingereicht werden, obwohl bemängelt wird, dass diese Dokumente nicht gespeichert oder weiterbearbeitet werden können.

Speichern und Weiterverarbeiten möglich

Diese Punkte waren für die SAGW vor gut einem Jahr der Hauptgrund, weshalb sie die Online-Administration in Auftrag gegeben hat. Die vielfach gewünschten Funktionen «Speichern» und «Weiterverarbeiten» der Dokumente sollten ermöglicht werden. Mit der Online-Administration werden diese Anforderungen nun erfüllt. Das Einreichen des Beitragsgesuchs hat sich somit vereinfacht.

Die Online-Dokumente entsprechen der Papier- bzw. der PDF-Version. Das Ausfüllen über das Internet ist nicht anders als die von den meisten Gesellschaften benutzte Methode mit den PDF-

Dokumenten, welche von der Mehrheit als «gut» bezeichnet wurde. Somit bietet die Online-Administration mit den erweiterten Funktionen wesentliche Vorteile gegenüber den beiden anderen Versionen. Die Papierversion wird nur noch selten genutzt, da nur noch wenige Schreibmaschinen im Umlauf sind und das von Hand Ausfüllen nicht allen zusagt.

Besser informieren

Einen Punkt können wir jedoch verbessern. Es hat sich gezeigt, dass etwa ein Drittel nicht über die Online-Administration informiert war. Dies obwohl die SAGW im Bulletin 3/05 über das Thema geschrieben hat. Zudem hat sich an den Sektionssitzungen gezeigt, dass ein paar Unsicherheiten bezüglich der Handhabung bestehen. Deshalb wird im September allen PräsidentInnen ein kurzes Handbuch zugestellt, in welchem die wichtigsten Funktionen beschrieben sind. Denn für uns ist klar: Die Online-Administration erleichtert den Mitgliedsgesellschaften das Einreichen der Beitragsgesuche.

www.sagw.ch/beitragsgesuche
www.assh.ch/subsides

Wechsel im Generalsekretariat

(bk) Ende September verlässt **Christian Peter** nach viereinhalb Jahren die SAGW, um eine Karriere als Gymnasiallehrer zu starten. Mit ruhiger Hand führte er die Sektion III (Sozialwissenschaften) und kümmerte sich stellvertretend um etliche Geschäfte des Generalsekretärs. Er war federführend bei der Zeitschriftenevaluation, organisierte Tagungen und übernahm etliche Arbeiten im Bereich der Datenbank. Wir danken ihm herzlich für seinen Einsatz und wünschen ihm einen guten Start und viel Erfolg mit der neuen Karriere.

Anfang September nimmt **Beat Immenhauser** seine Arbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der SAGW zunächst zu 60%, ab 1. Oktober zu 80% auf. Er ist neu für die Sektion III verantwortlich. Nebst dem Studium der mittelalterlichen Geschichte übernahm er verschiedene redaktionelle Arbeiten, unter anderem im «Historischen Lexikon der Schweiz», und beteiligte sich an zwei SNF-Projekten. Anfang Jahr schloss er seine Dissertation mit summa cum laude ab. Wir heissen ihn herzlich willkommen und wünschen ihm einen guten Start und viel Erfolg.



Nach viereinhalb Jahren verlässt Christian Peter (l.) die SAGW. Sein Nachfolger wird Beat Immenhauser (r.).

Religion und Religiosität unter der Lupe

(zb) Nachdem der Bundesrat im Dezember letzten Jahres die Durchführung beschlossen und das EDI im Mai dieses Jahres den Ausführungsplan genehmigt hatte, wurde im Juni ein neues Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zum Themenkreis Religion und Gesellschaft ausgeschrieben. Unter dem Titel «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» werden im neuen Nationalen Forschungsprogramm (NFP 58) 10 Mio. Fr. für die Erforschung sozialer, kultureller und institutioneller Aspekte von Religion und Religionsgemeinschaften zur Verfügung gestellt.

Die Ausschreibung des Nationalen Forschungsprogramms erfolgte im Juni, die Eingabefrist für die Projektskizzen war am 11. September 2006, ist also bereits abgelaufen. Die Projektskizzen befinden sich derzeit in der Evaluationsphase, die von Oktober bis November dauert. Dennoch bietet sich für interessierte Forschende die Möglichkeit, sich noch einem Projekt anzuschliessen, welches bereits eingereicht worden ist; neue Projekte können zum jetzigen Zeitpunkt allerdings keine mehr eingereicht werden.

Die Lancierung dieses NFPs motiviert sich politisch vor dem Hintergrund der aktuellen Spannungen und Konflikte (vordergründig) religiösen Ursprungs. Dies manifestiert sich auch in den Zielsetzungen, die im nun publizierten Ausführungsplan (s. <http://www.snf.ch/nfp>) formuliert sind: So soll – erstens – das ehrgeizige Ziel erreicht werden, «den tief greifenden Wandel des Selbstverständnisses der Individuen in Bezug auf die Religionen in den letzten Jahrzehnten und die vielfältigen Veränderungsprozesse in der Religionslandschaft der Schweiz (...) zu untersuchen»; zweitens sollen aus diesen Veränderungen heraus «praxisorientierte Erkenntnisse über wichtige Konsequenzen dieser individuellen, institutionellen und

gesellschaftlichen Veränderungen» herausgearbeitet werden. Im Klartext sollen also Lösungsansätze gefunden werden, wie religiöse Institutionen und Gemeinschaften gehandhabt werden sollen, beispielsweise im bildungspolitischen Kontext. Das dritte und letzte Ziel, schliesslich, sieht die Erarbeitung der erforderlichen gesellschaftlichen, politischen, institutionellen und individuellen Bedingungen für das friedliche Zusammenleben verschiedener Religionsgemeinschaften und nicht religiöser Individuen vor.

Somit sollen die Forschungsergebnisse einerseits ermöglichen, religions-spezifische Themen aufgrund empirischer Forschung zu debattieren und – so ist zu hoffen – den diesbezüglichen Diskurs zu versachlichen.

Wie üblich in den vom Nationalfonds lancierten Forschungsprogrammen wurde eine Einteilung in thematische Schwerpunkte vorgenommen. Im NFP 58 sind dies die folgenden fünf:

- Religionsgemeinschaften im Wandel – Strukturen, Identitäten, interreligiöse Beziehungen
- Religion und Individuum unter dem Vorzeichen der religiösen Pluralisierung

- Religion in der Öffentlichkeit – Religion und Gesellschaft
- Staat und Religion unter dem Vorzeichen der religiösen Pluralisierung
- Religion und Sozialisation – bildungspolitische Herausforderungen

Die Leitungsgruppe des Programms stellt sich aus einer Reihe internationaler Experten zusammen, es befinden sich darunter Religionswissenschaftlerinnen, Juristen, Theologen und Statistiker. Präsi-

dent ist Christoph Bochinger, Ordinarius an der Universität Bayreuth.

Die Kommission «Sprachen und Kulturen» der SAGW wird das Forschungsprogramm aufmerksam verfolgen und bei Bedarf informieren.

In der SAGW betreut Marlis Zbinden den Schwerpunkt «Sprachen und Kulturen» marlis.zbinden@sagw.ch

Gebirgsforschende und Gebirgsräume vernetzen

Rückblick auf den 2. Runden Tisch «Gebirgsforschung Schweiz» (19. Juni 2006, Bern-Gurten)

Thomas Scheurer und Marlis Zbinden

In ihrem Schwerpunkt Alpenforschung hat die SAGW in den letzten Jahren mit unterschiedlichen Partnern den interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch gefördert. Auch für das Mehrjahresprogramm 2008–2011 hat sich die SAGW zu einem Engagement für die Alpen- und Gebirgsforschung verpflichtet. Im Sinne der Kernaufgabe der «Früherkennung», will die SAGW mit ihrer interakademischen Kommission für Alpenforschung (ICAS) gesellschaftsrelevante und raumbezogene Themen bearbeiten (bspw. widmet sich die diesjährige SAGW-Herbsttagung dem Thema Raumplanung, siehe dazu das Dossier S. 35) Die ICAS selber hat anstehende Veränderungen in der Struktur der Akademien zum Anlass genommen, über zukünftige Inhalte und Kooperationsformen nachzudenken.

2003 lud die ICAS – eine gemeinsame Kommission der SAGW und der SCNAT – zum 1. Runden Tisch «Gebirgsforschung Schweiz» ein, um mit den betroffenen Kreisen aus Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft die wissenschaftliche und die politische Bedeutung der schweizerischen

Gebirgsforschung und deren Zukunftsperspektiven zu diskutieren (siehe SAGW-Bulletin 1/04: 16–17).

Eine engere Kooperation unter den in der Schweiz ansässigen oder angesiedelten Institutionen und Initiativen der Gebirgsforschung wurde damals allseits begrüsst.

Ziel des 2. Runden Tisches war es somit, mit diesen Institutionen mögliche gemeinsame Ziele und Kooperationsmodelle zu erörtern. Für die ICAS war diese Diskussion insofern von Bedeutung, als sie im Rahmen der Reform der SCNAT (2005–2007) daran ist, ihre Ziele und Aktivitäten zu überprüfen.

Zukunftsperspektiven

Die laufende Reorganisation der **schweizerischen** Forschung betrifft auch die Gebirgsforschung. In naher Zukunft werden im ETH-Bereich (Kompetenzzentrum «Environment & Sustainability») und bei den Akademien (gemeinsame Aufgaben) neue Strukturen entstehen, in welchen sich die themenorientierte Gebirgsforschung profilieren muss. Dies betrifft u.a. den Forschungsbereich Alpiner Lebensraum der WSL und die ICAS. Zudem werden nationale Forschungsprogramme mit Gebirgsbezug auslaufen (NFP 48, NCCR North–South), und es stellt sich die Frage, wie deren Kompetenzen aufrechterhalten werden können. Als neue Partner mit guten Kontakten zur Wirtschaft werden die Fachhochschulen, insbesondere das Kompetenznetzwerk Tourismus & Lebensraum, Gebirgsthemata bearbeiten. Zudem wird sich das Schweizerische Alpine Museum (SAM) zu einem Bergwelt-Zentrum entwickeln und der Forschung als Informationsvermittlerin dienen.

Bei den in der Schweiz angesiedelten **internationalen** Gebirgsforschungsinstitutionen – *Mountain Research Initiative MRI*, *Global Mountain Biodiversity Assessment GMBA*, Internationales Komitee Alpenforschung ISCAR – wird es darum gehen,

den Fortbestand nach 2007 finanziell und institutionell zu sichern. Die Historische Alpenforschung (LabiSALP) wurde indessen als internationales Forschungsinstitut in die Universität Tessin integriert.

Eine zukünftig bessere Kooperation wird aus zwei Gründen als sinnvoll erachtet: Erstens sind die vorhandenen Forschungseinheiten und -initiativen, welche für fachübergreifende Fragestellungen tendenziell zu klein sind, gemeinsam kompetenter, und zweitens können lokale, nationale und globale Aspekte verknüpft werden.

Kooperationsmodelle

Im Vergleich verschiedener Kooperationsmodelle steht als zweckmässiges Modell ein Kompetenznetzwerk im Vordergrund, welches sich über eine von allen Partnern gemeinsam betriebene Plattform «Gebirgsforschung» organisiert. Kennzeichen des Netzwerks ist die Ausrichtung auf fachübergreifende Themen und deren Vernetzung der Gebirgsforschung auf und zwischen nationaler, alpenweiter, europäischer und globaler Ebene.

Im Netzwerk müssen sich somit alle für die Alpen- und Gebirgsforschung wichtigen Institutionen und Initiativen engagieren. Den Fachhochschulen kommt dabei die wichtige Funktion der Kontakte zur Wirtschaft und zum Schweizerischen Alpen Museum SAM (und weiteren Museen) sowie jene der gesellschaftsorientierten Umsetzung zu. Für beide Institutionen (Fachhochschulen und SAM) kann eine solche Plattform als Schnittstelle für die Zusammenarbeit mit Universitäten und ETH dienen, wie sie bisher noch nicht existiert.

Nächste Schritte

Die in der Schweiz angesiedelten internationalen Initiativen (MRI, GMBA, LabISALP, NCCR N-S) werten die Gebirgsforschung in der Schweiz massgeblich auf bzw. schaffen einen grossen Mehrwert, so dass am Weiterbestand dieser Initiativen und deren Sekretariate in der Schweiz ein allgemeines Interesse besteht. Die Bündelung der Interessen zur Weiterführung von MRI und GMBA in der Schweiz ab 2007 ist daher ein erster gemeinsamer Schritt in Richtung Kompetenznetzwerk. MRI, GMBA, NCCR N-S, LabISALP und ICAS/ISCAR werden noch 2006 einen Kooperationsmodus für die internationale Gebirgsforschung erarbeiten.

Bis Anfang 2007 wird zudem mit allen Beteiligten ein Konzept für eine verbesserte Zusammenarbeit in der schweizerischen Gebirgsforschung erarbeitet. Es bleibt zu wünschen, dass die Akademien und die ICAS in einem zukünftigen Netzwerk «Gebirgsforschung» weiterhin eine aktive Rolle spielen.

Publikation

Stand und Perspektiven der Gebirgsforschung in der Schweiz werden von der ICAS im Bericht «How Switzerland can remain a key player in mountain research?» zusammengefasst (erscheint Ende 2006).

Dossier | Wohnen in der Metropole Schweiz. Lässt sich Urbanisierung planen?
Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?

Wohnen in der Metropole Schweiz

Herbsttagung der SAGW unter Mitwirkung von SAGW, SCNAT und NFP 45
Bern, Kursaal, 10. November 2006

(cp) Drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer leben in städtischen Agglomerationen. Die Tendenz ist steigend. Während die landwirtschaftlich genutzte Fläche beständig kleiner wird, nehmen Siedlungsraum und Waldfläche zu. Aus dem Gegensatz «Stadt und Land», welcher lange das Verständnis der Schweizer Bevölkerung geprägt hat, wird ein Gegensatz von «Agglomeration und Wald». Die Schweiz als Wohn- und Lebensraum ist im Wandel begriffen.

Die Themen Stadtentwicklung und Raumplanung erhalten gegenwärtig viel Beachtung in der Öffentlichkeit. Schlagworte wie A-Städte (für Arme, Alte und Arbeitslose), Kernstädte, Speckgürtel (der reichen Vorortsgemeinden), Agglo oder Metropolitanregion müssen neu in den aktiven Wortschatz aufgenommen werden.

Wenn sich die SAGW mit dem Thema Raumordnung auseinandersetzt, dann tut sie dies, um den technischen, politischen und ökologischen Fragestellungen eine humanistische Sichtweise voranzustellen: Wie lässt sich Lebensqualität in einem

Lebensraum planen und sicherstellen, der sich in den letzten Jahren schneller verändert hat als alle politischen Steuerungsinstrumente? Wie kann der Prozess der Verstädterung demokratisch gesteuert werden? Wie lassen sich lebenswerte Wohn- und Erholungsräume in städtischen Zentren, in den Agglomerationen und im ländlichen Raum erhalten?

Das folgende Dossier zum Thema Raumordnung gibt einen Vorgeschmack auf die Herbsttagung der SAGW, welche am 10. November in Bern stattfinden wird.

Die Tagung ist zweisprachig (französisch und deutsch). Es wird keine Simultanübersetzung angeboten.

Anmeldung bis spätestens am **20. Oktober 2006**. Das Programmheft mit Anmeldetalon und Einzahlungsschein für die Teilnahmegebühren kann im Generalsekretariat der SAGW bestellt werden. Bitte per E-Mail an sagw@sagw.ch.

Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt; die Anmeldungen werden nach ihrem Eingang berücksichtigt. Das Programm der Veranstaltung finden Sie auf Seite 52.

Die Schweizer Raumplanung ist weitgehend unreflektiert

Rainer J. Schweizer, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen

Wer durch einen Teil der Schweiz fährt, den sie oder er 20 oder 30 Jahre nicht mehr gesehen hat, reibt sich nur immer wieder die Augen. Man erkennt vielerorts das Land nicht wieder und man fragt sich, wie man das, was man sieht, verstehen soll. Fragen, die einem auftauchen, sind etwa: Sind St. Moritz und Umgebung, Lenzerheide/Valbella, Grindelwald, Verbier oder Saas Fee noch Ferienorte in den Alpen oder nur noch dezentralisierte Agglomerationsbezirke des Mittellandes? Liegt Zürich noch am Zürichsee oder ist der Zürichsee der Stadtsee von Zürich? Wo verlaufen zwischen Winterthur und Solothurn oder zwischen Villeneuve und Genf noch die geografischen, politischen und kulturellen Grenzen? Wo liegen die politischen und kulturellen Mittelpunkte von Agglomerationsgemeinden und welches sind denn diese Mittelpunkte? Welche Kriterien der Bau- und Architekturqualität gelten überhaupt noch in den Wohn-, Gewerbe- oder Ferienhaussiedlungen? Ist die Landschaft, sind die Seen und Berge, Wälder und Landwirtschaftszonen nur kommerzialisierbare Güter und Eventobjekte oder auch zu respektierende Lebensgrundlagen?

Die enormen Veränderungen in der Raum- und Bauordnung und Landschaftsnutzung der Schweiz in den letzten 30 bis 40 Jahren sind derart auffällig, dass eigentlich erstaunlich ist, dass darüber so wenig reflektiert und politisch und wissenschaftlich diskutiert wird. Die politisch-rechtlichen Vorgaben, die in den ersten

Konjunkturjahren am Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre aufgestellt worden sind und die bis heute gelten, waren recht klar und einfach: Durch eine verbindliche Raumplanung sollten Bauzonen und Nichtbauzonen (Landwirtschaftszonen, Wälder etc.) strikte getrennt werden. Das Hoch- und Tiefbauwesen war, wie die Nutzungsplanung, Sache der Gemeinden und ihrer politischen Gremien, im Rahmen kantonaler Raumordnungs- und Baugesetze. Ökologische Anliegen waren vorwiegend die Abwasserreinigung, die Abfallentsorgung und ein begrenzter Lärmschutz. Punktuell wurde ein gewisser Denkmalschutz gepflegt. Der für die Siedlungsentwicklung massgebliche Strassenbau lag in den Händen der Kantone und Gemeinden, abgesehen vom Nationalstrassenbau, der unter Bundesleitung stand, aber kantonalem Lobbyismus ausgesetzt war. Das Resultat dieser politisch-rechtlichen Rahmenordnung und der sich in dieser frei betätigenden privatwirtschaftlichen Bauaktivitäten ist eine Generation später klar sichtbar: Die schweizerische Raumordnung ist zwar in der Frage der Zonenbildung strikt, sie hat aber die Bildung überdimensionierter, ausufernder Bauzonen nicht verhindert und sie ist v.a. ohne einen umfassenden Einbezug von Umwelthanliegen durchgeführt worden. Es gibt in der Schweiz keinerlei Überlegungen zur Nachhaltigkeit etwa des Gewerbebaus am Siedlungsrand oder der Ferienwohnsiedlungen im Alpenraum oder der touristischen und sportbezogenen

Installationen. Es gibt, trotz starker Förderung des öffentlichen Verkehrs, keinerlei Begrenzungen des motorisierten Individualverkehrs; gegenteils ist die Autopendlerdistanz zwischen Eigenheim und Arbeitsplatz der wohl wichtigste Faktor der Fortentwicklung der Siedlungsstrukturen. Es gibt in der Schweiz vor allem keinerlei Überlegungen über Grundsätze für die Entwicklung und den Schutz der baulichen Umwelt, obwohl diese ausserhalb des Alpenraums beinahe schon die Fläche der natürlichen Umwelt umfasst. Weder politisch noch wissenschaftlich wurde in der Schweiz breit diskutiert, welches die ästhetischen, technischen, sozialen und kulturellen Grundsätze des Wohnungsbaus oder des Gewerbebaus heute sein sollen. Es ist den Interessengruppen der Kommunalpolitik überlassen, abgesehen von einigen Störmanövern von Umweltverbänden, wie der öffentliche Raum sinnvoll genutzt und wie er «möbliert» werden soll. Es ist jedem fachtechnisch noch so mangelhaft ausgebildeten Architekten oder Bauunternehmer überlassen, welche Volumina, Materialien oder sonstigen ästhetisch-technischen Aspekte bei einem Wohnhaus oder Gewerbebau verwirklicht werden sollen. Es bleibt bestenfalls ein Zufall, wenn ein qualifizierter Architekt irgendwo noch ein besonderes bauli-

ches Markenzeichen setzt oder wenn ein Landschaftsplaner einen neuen Verkehrsweg umweltschonend geschickt durch die Gegend verlegt.

Das weitgehende Nichtreflektieren und Nichtdiskutieren dieser Erscheinungen und Probleme in breiteren Bevölkerungskreisen ist schlicht auch auf ein Versagen der Wissenschaften zurückzuführen. Stadt- und Siedlungsentwicklung, Bauästhetik, Landschaftsschutz in Zeiten der Liquidation der Schweizer Land- und Forstwirtschaft sind nur noch Themen ganz weniger Wissenschaftler/innen, aber nicht breiter Kreise der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Technischen und Naturwissenschaften. Eine bedeutende Ausnahme bildet nur die Alpenforschung, zu der die Schweiz namentlich durch die Europäische Alpenkonvention gebracht wurde und die heute der Agglomerationsforschung weit voraus ist. Die SAGW und ihre drei Schwesterakademien müssen heute Themen aufnehmen, die offensichtlich von den Hochschulen kaum noch behandelt werden, obwohl sie für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft des Landes von eminenter Bedeutung sind. Die kommende Herbsttagung der SAGW bringt hoffentlich für verschiedenste transdisziplinäre wissenschaftliche Aktivitäten wertvolle Impulse.

Stadtlandschaften – Kulturlandschaften der Zukunft

Andreas Stalder, *Fürsprecher/dipl.Geograf, Leiter der Sektion Landschaft und Landnutzung, und Dr. phil. Matthias StremLOW, Sektion Landschaft und Infrastruktur, Bundesamt für Umwelt, Bern*

Die Stadt ist gebaute Landschaft, wird aber kaum als Teil der Landschaft wahrgenommen und allzu selten als solche gestaltet. Doch heute leben drei Viertel der Schweizer Bevölkerung in städtischen Agglomerationen. Stadtlandschaft und Stadtnatur sollen deshalb mehr sein als zufällige grüne Farbtupfer im Siedlungseinerlei. Ziel ist eine lebenswerte, identitätsstiftende Stadt – für Menschen, Tiere und Pflanzen. Der Natur- und Landschaftsschutz stellt sich dieser Herausforderung.

Die Agglomerationen nehmen heute einen Viertel der Landesfläche ein. Die Verstädterung des stadtnahen ländlichen Raums (Periurbanisierung) und die fortschreitende Zersiedelung ländlicher Räume sind prägende Elemente dieser Entwicklung. Gebaut wird vor allem dort, wo die Bodenpreise und Baukosten noch relativ günstig sind. Weil man sich ja «auf dem Land» fühlt, wird dieser Entwicklung kaum je eine städtebauliche Planung zu Grunde gelegt. Das architektonische Je-Ka-Mi, die austauschbare Gesichtslosigkeit vieler Siedlungen und der fehlende Bezug zur buchstäblich darunterliegenden Landschaft und der dahinterliegenden Landschaftskulisse lassen sich allenthalben beobachten.

Weg vom Einheitsbrei – hin zur erlebten Landschaft

Siedlungsräume sind **Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen**. Die Artenvielfalt von Pflanzen in der Stadt kann diejenige offener Flächen übertreffen. So kommen z.B. in der Stadt Zürich über 100 seltene Farn- und Blütenpflanzen vor. Einige

stehen auch auf der Roten Liste. Eine hohe ökologische Qualität des Lebensraumes Stadt soll diese Vielfalt sichern. Gärten, öffentliche Anlagen und anderes Siedlungsgrün werden naturnah gestaltet und vernetzt. Fliessgewässer, häufig noch unter den Boden verbannt, können eine tragende Rolle übernehmen und zum Rückgrat grüner Korridore werden. Vorübergehende Siedlungsbrachen, Bachufer und andere naturnahe Flächen werden zu Freiräumen, die teilweise ihrer eigenen Entwicklung überlassen werden können und zu dynamischen Lebensräumen für Pionierarten werden.

Siedlungen sind **Lebensraum für die Bewohner**. Neben gestalteten Grünflächen und Parks bieten Flächen, auf denen sich die Natur frei entwickeln kann, Kindern und Jugendlichen Spielmöglichkeiten, vermitteln Elementarerlebnisse, fördern ihre Kreativität und Eigenständigkeit. Neben den gestalteten Freiflächen und Spielplätzen sind deshalb auch ungestaltete, durch Kinder und Jugendliche autonom erreichbare Naturflächen von besonderer Bedeutung. Sie sind für die kognitive und soziale Entwicklung der Kinder von grosser Bedeutung, wie jün-

gere Forschungsergebnisse belegen. Ohne die Möglichkeit des alltäglichen Erlebens von Natur und Landschaft ist eine zunehmende Entfremdung von der Natur vorprogrammiert. Dieses Erfahrungsdefizit lässt sich nicht durch schulisch vermitteltes Wissen über Natur und Landschaft ersetzen.

Eine attraktive, vielfältige Siedlungslandschaft zeichnet sich durch eine hohe **Lebensqualität** für ihre Bewohner auf. Sie prägt das Gesicht der Stadt, des Quartiers oder des Dorfes und wird zu einem wichtigen Standortfaktor. Sie gibt Bewohnern die Möglichkeit, sich mit dem Wohnort zu identifizieren und Anreiz, Verantwortung für ihre Umwelt zu übernehmen. Lebensqualität in der Siedlung ist ein Beitrag zur Gesundheitsförderung, zur gesellschaftlichen Stabilität und zur Stärkung des Sicherheitsbedürfnisses im Alltag. Mit geschützten Lebensräumen wie Auen oder Feuchtgebieten, neuen Naturerlebnispärken im Agglomerationsumland kann diese Alltagslandschaft durch «Sonntagselemente» ergänzt werden.

Lebensqualität in einer urbanen Landschaft kommt nicht von selbst. Sie ist unter anderem Folge einer bewussten **Siedlungsgestaltung**, eines sorgfältigen Umgangs mit dem gebauten Erbe und mit der physischen Landschaft. Diese Elemente werden in Planung und Gestaltung berücksichtigt. Sie werden integriert, sorgfältig erneuert oder erhalten zeitgemässe neue Funktionen. Neue Bauten und Anlagen weisen hohe architektonische und urbane Qualitäten auf und tragen Sorge zur Begrenztheit natürlicher Ressourcen. Gut gestaltete Quartiere fördern die Begegnung, weisen kurze Distanzen zu öffentlichen Einrichtungen und Freiräumen und ausreichende

innere Grün- und Erholungsflächen auf. Auch die Siedlungslandschaft ist mehr als die Summe ihrer Elemente! Zur urbanen Qualität gehört die Berücksichtigung der Bedürfnisse möglichst vieler Bewohner- und Nutzergruppen. Partizipative Prozesse sind Voraussetzung für erfolgreiche Planungen und schaffen ebenfalls Identität. Synergien lassen sich vielfältig nutzen: So dienen grüne Korridore gleichzeitig der Vernetzung für Tiere und Pflanzen, dem Langsamverkehr, der Erholung, Spiel und Sport. Sie fördern das Mikroklima in der Stadt und geben dem Quartier ein eigenständiges Gesicht.

Herausforderung Landschaftsgestaltung

Diese höchst vielschichtige Aufgabe kann aber weder vom Natur- und Landschaftsschutz als Disziplin noch vom Bund als staatlicher Ebene allein übernommen werden. Gebote und Verbote genügen nicht mehr. Neue Instrumente treten in den Vordergrund: Anreize, Partizipation, kooperatives Handeln. Sie tragen dem Umstand Rechnung, dass Landschaft das räumliche Produkt gesellschaftlichen Umgangs mit dem Raum und seinen natürlichen Ressourcen ist. Das Ergebnis dieses permanenten Gestaltungsprozesses soll ja nicht «von niemandem gewollt sein», wie es Prof. Rolf-Peter Sieferle in einer Publikation 2003 ausgedrückt hat.

An der Landschaft gestalten alle raumwirksamen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure mit. Sie sind deshalb aufgerufen, Landschaft im umfassenden Sinne, bewusst wahrzunehmen. Landschaft darf nicht mehr nur konsumiert

werden, sie muss mit Blick auf eine identitätsstiftende Gestaltung und Schonung ihrer natürlichen Ressourcen nachhaltiger genutzt werden und damit bewusster weiterentwickelt werden.

Eine zentrale Rolle kommt dabei der **Raumordnungspolitik** zu. Statt sich auf das Koordinieren der vielfältigen Ansprüche an den Raum zu beschränken, muss sie vielmehr die Grundlagen für die Gestaltung des begrenzten Raumes aktiv schaffen, aufgrund der räumlichen Potenziale und Eigenarten Prioritäten, aber auch Grenzen, setzen. Angesichts der zwischen dem Bund und den 26 Kantonen aufgeteilten Zuständigkeit ist dies eine höchst anspruchsvolle Aufgabe. Sie erfordert zukünftig eine grössere Bereitschaft, über die Grenzen hinauszuschauen, mit andern Hoheitsträgern und Partnern zusammenzuarbeiten und dominante Partikularinteressen zu Gunsten des Allgemeinwohls und künftiger Generationen in Schranken zu weisen. Dies alles kann aber nur mit Einsicht und weitsichtiger Unterstützung der Politik gelingen.

Mit dem Leitbild «Landschaft 2020» hat das Bundesamt für Umwelt (damals BUWAL) 2003 eine Natur- und Landschaftsstrategie formuliert. Es betont im Aktionsfeld 2 «Grüne Metropole Schweiz» neben den siedlungsökologischen Aspekten der Biodiversität und der Vernetzung auch die Aspekte der bewussten und sorgfältigen Siedlungsgestaltung, der Erholung und des Naturerlebnisses im urbanen Raum. (www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg_land/land2020/index.html)

Im «Forum Landschaft» haben sich kürzlich Landschaftsfachleute, -forschende und -akteure aller Disziplinen zu einer Plattform zusammengeschlossen. Damit soll die bewusste Wahrnehmung und Gestaltung unserer Alltagslandschaften unterstützt, eine Diskussions- und Austauschplattform für alle Interessierten zur Verfügung gestellt und eine Schnittstelle zwischen Forschung, Praxis, Verwaltung und Politik gebildet werden. (www.forumlandschaft.ch)

La Suisse métropolisée à l'épreuve des Alpes

Vincent Kaufmann, *Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne*

Les transformations que connaît actuellement le phénomène urbain reposent la question de sa définition. Dire que l'urbain est partout en Suisse est insuffisant, il en résulte une dilution de l'objet qui finit par totalement réifier sa substance. Le phénomène urbain peut être lu comme une forme sociale au sens défini par Georg Simmel, c'est-à-dire le produit objectif des actions réciproques de l'ensemble des acteurs qu'il implique. En appliquant cette définition à l'urbain, il apparaît que trois aspects qui en sont constitutifs s'autonomisent progressivement: l'urbain comme mode de vie, les morphologies urbaines et la métropolisation.

Les modes de vie se caractérisent par une uniformisation progressive. Si il y a encore quelques décennies, l'opposition ville – campagne était associée à des cultures et des modes de vie spécifiques, ce n'est plus le cas actuellement. Nombreux sont les analystes qui montrent que cette situation reflète non seulement un affranchissement de la proximité spatiale mais aussi un élargissement des choix individuels.

La transformation des morphologies urbaines fait l'objet de nombreux travaux qui vont de la mesure de l'étalement urbain à l'analyse des stratégies de localisation en passant par l'étude des formes et processus de ségrégations. Ces travaux concluent à une fragmentation accrue des aires urbaines et à l'émergence de nouvelles centralités qui tournent résolument le dos aux centres historiques et se cons-

truisent autour des lieux de consommation.

Le phénomène de métropolisation renvoie aux espaces du pouvoir, à bien des égards il s'agit de la conséquence spatiale de la mondialisation. Certaines villes acquièrent progressivement une centralité mondiale, concentrant la créativité, le pouvoir économique et l'innovation. Il ne s'agit pas d'un processus essentiellement matérialisé, même s'il a des implications formelles (comme le développement des *financial districts*). Généralement de grande taille, ces métropoles sont souvent spécialisées et en concurrence.

Chacun de ces aspects met en relief une spécificité du phénomène urbain. Ce n'est qu'en intégrant les trois aspects que l'on peut le décrire, ce n'est pas nouveau. Ce qui l'est en revanche, c'est que ces trois aspects ne se superposent plus nécessairement, et il n'est en conséquence pas possible de les assimiler les uns aux autres comme c'est encore trop souvent le cas. Si il y a encore une cinquantaine d'années ces trois dimensions étaient intégrées selon une logique mécanique et pyramidale, elles se sont progressivement autonomisées, d'où la nécessité de les différencier dans l'analyse du phénomène urbain. Ainsi, on peut par exemple être un «urbain» au niveau de son mode de vie et habiter un hameau de montagne. Une nouvelle dimension vient s'immiscer entre ces aspects: la mobilité procurée par les transports rapides et les technologies de l'information et de la communication.

C'est précisément ce qui arrive à la Suisse, qui peut être considérée comme un espace métropolisé, car couvert par l'influence des trois centralités métropolitaines de Zurich, Bâle et Genève-Lausanne, ce qui ne signifie pas que la Suisse présente la morphologie d'une grande ville multipolaire.

Un examen plus approfondi indique que ce changement est fondamental. Il est le signe d'une modification profonde de la manière dont les sociétés se spatialisent, ou plus précisément un nouvel équilibre entre les territoires et les réseaux qui signe le passage de sociétés modernes territorialisées à des sociétés fondées sur le réticulaire.

Dans les sociétés territorialisées, l'espace-temps est conçu comme limité par des frontières. La société toute entière est structurée autour d'espaces-limites tels que les classes sociales ou les Etats, qui font système et définissent une unité fonctionnelle et culturelle qui fonde l'unité de la personne. La mobilité consiste sous cette perspective à se déplacer d'une catégorie sociale ou spatiale (ou les deux) vers une autre.

Nos sociétés réticularisées se caractérisent spatialement par le choix, ou plus spécifiquement par la combinatoire de spatio-temporalités autrefois inconciliables: les proximités ne se construisent plus à partir de la distance, mais à partir des accessibilités temporelles; souvent cosmopolites, l'identité des lieux est multiple et ne peut être décrétée. Il est possible

d'être ici et là-bas et même d'être d'ici et de là-bas.

Si les tendances que nous décrivons sont assez générales en Europe, notons cependant qu'elles se traduisent en Suisse par le développement de deux nouvelles formes de mobilité:

- La multirésidentialité. On assiste également depuis quelques années au développement de pratiques de double domicile avec les résidences secondaires habitées trois jours par semaine.
- Lorsque le lieu de travail est très éloigné du domicile, une autre pratique que le double domicile se développe actuellement: la pendularité sur de longues distances associée au travail à domicile. Elle consiste à ne se déplacer sur son lieu de travail que deux ou trois jours par semaine et à travailler le reste du temps à son domicile, généralement au vert.

Dans les deux cas, un des combustibles est la volonté de vivre dans des espaces naturels et/ou alpestres, et donc de jouer avec les règles du jeu spatiales de la métropolisation pour être à la fois en ville, où l'on travaille et où l'on apprécie les équipements et services et dans un cadre bucolique crypto-campagnard ou montagnard auquel on aspire. Le mythe fondateur de la Suisse, alpestre, belle et insoumise agit manifestement sur les désirs de localisation résidentiels, et proclamer que la Suisse est urbaine n'y changera sans doute rien.



RER de la métropole lémanique

La Métropole Lémanique sans RER (Réseau Express Régional): une aberration!

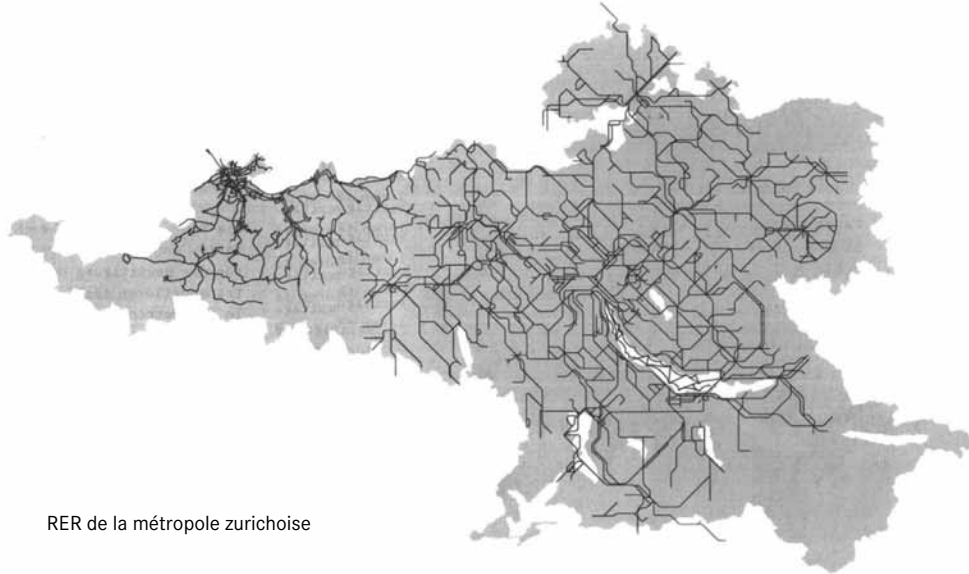
Xavier Comtesse, *Avenir Suisse*

L'étude d'Avenir Suisse (Le Feu au Lac, 2006, NZZ LIBRO) sur la Région Métropolitaine Lémanique a démontré la faiblesse notoire du système des transports publics de la région. Une fragmentation extrême du monde politique suisse romand et français empêche une vision large du système des transports. Une comparaison avec le système du RER zurichois laisse tout simplement l'observateur pantois (voir représentation ci-jointe). Reste à savoir comment corriger cette situation? Est-ce une question politique ou administrative?

L'approche contemporaine, par l'étude du comportement des pendulaires comme élément structurant d'une région métropolitaine, démontre la nécessité d'une vision large des choses. Ceci est tout particulièrement vrai pour la question des transports publics. Le découpage politique du territoire (datant d'avant les transports moder-

nes) ne peut en général pas répondre aux besoins de mobilité actuels des citoyens.

Ce constat peut paraître évident, mais les CFF dans leur planification à 25 ans qu'ils ont rendu public récemment, n'ont toujours pas prévu de construire la 3^e ligne de chemin de fer entre Genève et Lausanne qui est indispensable à un système



RER de la métropole zurichoise

de RER Lémanique. Force est de constater qu'une approche trop administrative ne peut intégrer une vision politique de développement régional.

On voit donc que la question est d'abord d'ordre politique. En effet, le monde romand, épris de nouveautés, a davantage soutenu avec véhémence les liaisons TGV vers Paris et Swisstro qu'un développement régional moins flamboyant mais sans doute plus utile aux citoyens habitant le territoire. Cette vision à long terme a, en quelque sorte, masqué

une vision pragmatique plus nécessaire au développement économique métropolitain. Cette erreur d'appréciation va coûter cher à la région et les bouchons sur l'autoroute Genève–Lausanne sont là pour le rappeler quotidiennement aux politiciens aveugles.

Espérons qu'une nouvelle génération de femmes et d'hommes politiques saura corriger ces égarements du passé, sinon gageons que la population elle saura le leur rappeler!

Wie lässt sich die Verdichtung von Wohngebieten mit hoher Lebensqualität vereinbaren?

Matthias Buchecker und Jacqueline Frick, Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL)

Der Zuwachs der Siedlungsfläche stellt insbesondere in den engen Platzverhältnissen der Schweiz ein besonders kritisches Umweltproblem dar – und eine Entschärfung ist nicht in Sicht (nach wie vor knapp 1 m²/s). Die Menschen beanspruchen immer mehr privaten Raum – und können ihn sich auch immer mehr leisten (mittlerweile über 40 m²/Einwohner). Seit Jahrzehnten, seit es die Raumplanung gibt, wird deshalb das verdichtete Bauen propagiert, doch dieses plausible Prinzip konnte sich trotz steigender Bodenpreise bisher nicht richtig durchsetzen. Wird jedoch bei der Verdichtung von Wohngebieten nicht nur Gewicht auf die Qualität der einzelnen Neubauten, sondern auch auf die Gestaltung des öffentlichen Raums gelegt, kann durchaus eine höhere Lebensqualität in Siedlungen erreicht werden.

Bei genauerem Hinsehen stehen dem verdichteten Bauen (neben dem Problem der nach wie vor viel zu grossen Bauzonenreserven) zwei Kräfte entgegen: die Menschen träumen nach wie vor vom eigenen Häuschen im Grünen, und die Bewohner von gut erschlossenen Agglomerationsgemeinden wehren sich gegen den Verlust ihrer vertrauten Wohnumgebung, den sie bei innovativen Planungsprojekten wittern. So drückten negative Volksentscheide über Zonenplanänderungen in der Agglomeration St. Gallen den Widerstand breiter Bevölkerungskreise gegen Verdichtungsprojekte aus, welche eine Beeinträchtigung von Freiflächen zur Folge gehabt hätten. Offensichtlich wird verdichtetes Bauen mit einem Verlust von Lebensqualität gleichgesetzt, und tatsächlich kann dieses viele ungeliebte Veränderungen mit sich bringen: das Überbauen von Erholungs- und Spielflächen, das Verschwinden von Orten, die mit Erinnerungen verbunden sind, das

Spezielle der Umgebung ausmachen oder einfach das sich Zurechtfinden erleichtern, aber auch mehr und unbekanntere Leute (vielleicht sogar mit tieferem Status), welche die knappen Freiräume mitnutzen und die Verkehrsbelastung erhöhen. Natürlich bringt die Siedlungsausdehnung ins Grüne, die Zersiedelung des periurbanen Raums, im Ganzen betrachtet viel grössere Verluste – in allen Dimensionen der Nachhaltigkeit –, doch kann das Potenzial des verdichteten Bauens erst richtig ausgeschöpft werden, wenn es gelingt, die Verdichtung von Wohngebieten mit einer Verbesserung der Lebensqualität zu vereinbaren (und dies auch entsprechend wahrgenommen wird). Dies ist nicht unmöglich, wie viele erfolgreiche Beispiele zeigen, doch es erfordert eine bewusste Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen und Ängsten der Wohnbevölkerung und eine entsprechend durchdachte Gesamtsiedlungsplanung.

Was macht denn die Lebensqualität in der Wohnumgebung aus? Aus psychologischer Literatur lässt sich entnehmen, dass Wohnen den Bewohnern dazu dient, Privatheit zu erleben, ihre Individualität sowie Zugehörigkeit auszudrücken und mit andern besonders leicht in Kontakt treten können. Empirische Studien belegen, dass auch bei der Beurteilung der Wohnumgebung Privatheit (Ruhe, Natur), Identifikation (schöne Umgebung) und Kontaktmöglichkeiten (Einrichtungen, Plätze) im Vordergrund stehen. Erkenntnisse aus unserer eigenen Forschung weisen darauf hin, dass durch die Urbanisierung Bedürfnisse nach mehr Privatheit (Ruhe, Natur), aber auch nach besseren Austauschmöglichkeiten an Gewicht gewinnen, während die Beziehung zur räumlichen Umgebung an Relevanz verliert (<http://www.wsl.ch/land/society/proansprueche-de.ehtml>). Dies deutet darauf hin, dass sich die Bewohner bei verdichtetem Wohnen tendenziell aus dem öffentlichen Raum zurückziehen. Um die Lebensqualität des Wohnumfelds zu erhalten, ist deshalb eine bewusste Gestaltung des öffentlichen Raums zentral.

Besondere Beachtung ist generell den Möglichkeiten der Naherholung zu schenken. Zwar lässt sich durch bauliche Verdichtungen nicht vermeiden, dass gewisse Nächsterholungsräume neuen Bauten weichen. Dieser Verlust lässt sich jedoch kompensieren, wenn einerseits die übrigen Flächen besser genutzt werden können und wenn andererseits die Zugänge zu den Naherholungsgebieten attraktiver und sicherer gestaltet werden. Dies bereits bedeutet grundsätzlich, dass verdichtetes Bauen nur auf der Grundlage eines Gestaltungsplans erfolgt und dass dessen

Perimeter weit über jenen der eigentlichen baulichen Veränderungen hinaus gefasst wird.

Wie Naholungsräume und deren Zugänge attraktiver gestaltet werden können, darüber besteht einige Forschungsliteratur und viel planerische Erfahrung, die bei der Ausarbeitung von Gestaltungsplänen einbezogen werden sollte. Viel schwieriger oder gar unmöglich ist es, die Qualität des öffentlichen Raums in Bezug auf zwei andere Funktionen des Wohnumfelds zu erhalten oder zu verbessern: Qualitäten, welche den unverwechselbaren Charakters des Quartiers ausmachen bzw. die Beziehung der Bewohner zum Ort verstärken, und Qualitäten, die den Kontakt mit den Nachbarn erleichtern. Bekannt ist, dass Räume zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre, so genannte Zwischenräume (z.B. Nebelung, 1999), die Schwelle heruntersetzen, dass sich die Bewohner ihre Wohnumgebung (durch Spielen, Gestalten, Pflegen ...) zu eigen machen und mit ihren Nachbarn Kontakt aufnehmen. Grundsätzlich ist deshalb bei der Verdichtung von Siedlungen eine Vielfalt von halb-öffentlichen Zwischenräumen anzustreben (und im Gestaltungsplan auszuweisen).

Um öffentliche und halböffentliche Räume aber wirklich zu beleben – verwaiste Plätze bezeugen dies zur Genüge – ist es jedoch unverzichtbar, die betroffenen Bewohner in die Planung einzubeziehen. Dabei ist es bei Verdichtungen von grösseren Quartieren angezeigt, den Einbezug auf mindestens zwei Stufen vorzunehmen: Für die Erhaltung und Verbesserung von Qualitäten des öffentlichen Raums, die für den besonderen Charakter und den sozialen Austausch im gesamten Quar-

tier (Plätze, Anlagen, Ortsbild) besonders wichtig sind, müsste die gesamte Quartierbevölkerung eingeladen werden. Für die Gestaltung von neuen Zwischenräumen wären die künftig dafür verantwortlichen Bewohner einzubeziehen. Gerade in diesem Nahbereich ist der Einbezug der Betroffenen bei baulichen Veränderungen wichtig: nicht nur, damit die Bewohner ihre Nutzbedürfnisse einbringen können, sondern mindestens ebenso, damit sie einen Bezug zu ihrer neuen Umgebung herstellen können und sich die Zwischenräume im erwünschten Sinne aneignen.

Über die Wege, wie die Bewohner am besten einbezogen werden können, gibt es mittlerweile eine Fülle von Anleitungen und Fallbeispielen (z.B. Buchecker und Schultz, 2000). Evaluationen solcher Prozesse belegen, dass der Mehraufwand sich insbesondere im Sinne eines besseren Gemeinschaftsgefühls, eines aktiveren Engagements für die Wohnumgebung auszahlt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Verdichtung von Wohngebieten sehr wohl zu einer höheren Lebensqualität in Siedlungen führen kann, wenn bei dieser Verdichtung nicht nur Gewicht auf die Qualität der einzelnen Neubauten, sondern auch auf die Gesamtgestaltung und insbesondere jene des öffentlichen Raums gelegt wird. Dies wird durch die Auflage einer bedürfnisorientierten Gestaltungsplanung sichergestellt, welche insbesondere auch den Einbezug der Bewohner einschliesst. Höhere Dichte lässt sich also bis zu einem hohen Grad durch bessere Gestaltungsqualität kompensieren, und so lassen sich auch die Mehrkosten finanzieren.

Buchecker M. und Schultz B. (2000): Lebendiges Dorf, lebendiges Quartier. Eidg. Forschungsanstalt WSL, Zürich. 26 S.

Nebelung, A. (1999): Zwischenräume: Methode und Ästhetik einer ökologischen Soziologie. Fokus Verlag, Giessen. 198 S.

Wer plant die Schweiz? Ein Bürger sucht die Antwort

Ernst Reinhardt, Raumplaner ETH, ecoprocess

Die Aufgabe, der Einstieg

Ich versuche als Raumplaner – seit 1990 allerdings nicht mehr raumplanend – eine Antwort zu finden, die ich beispielsweise einem jungen Schweizer Bürger oder einem ausländischen Freund verständlich vermitteln könnte.

Wer plant die Schweiz: der Bund, die Kantone, die Gemeinden, regionale Verbände oder niemand?

In einem Rechtsstaat muss die Antwort einfach sein: Das Gesetz legt fest, wer die Schweiz plant. Die Vollzugsbehörden sorgen für rechtmässigen Vollzug.

Das Raumplanungsgesetz sagt:

Art. 1 Ziele

1 Bund, Kantone und Gemeinden sorgen dafür, dass der Boden haushälterisch genutzt wird. Sie stimmen ihre raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander ab und verwirklichen eine auf die erwünschte Entwicklung des Landes ausgerichtete Ordnung der Besiedlung. Sie achten dabei auf die natürlichen Gegebenheiten sowie auf die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft.

Die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP) fasst zusammen¹: Raumplanung in der Schweiz (heisst) umfassende Planungs- und Koordinationspflicht für alle Behörden.

1969 wurde erstmals ein Raumplanungsartikel in die Bundesverfassung auf-

genommen. Damit erhielt der **Bund die Kompetenz zur Grundsatzgesetzgebung** in der Raumplanung. Die **Erarbeitung und konkrete Umsetzung in Pläne ist dagegen im Wesentlichen Sache der Kantone**, die wiederum einen **Teil der Aufgaben an die Gemeinden weiterzudelegieren pflegen**.

Die Realität in der schweizerischen Raumplanung ist jedoch nicht so einfach, wie dies der Verfassungsartikel ausdrückt. Tatsächlich werden Bund, Kantone und Gemeinden zur gemeinsamen Sorge für die haushälterische Bodennutzung verpflichtet. Sie tun dies unter anderem, indem sie ihre raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander abstimmen und eine «auf die erwünschte Entwicklung des Landes ausgerichtete Raumordnung verwirklichen». Im Einzelnen werden die Aufgaben vom Raumplanungsgesetz wie folgt verteilt:

Der **Bund** hat sich bei der Gesetzgebung auf den Erlass von Grundsätzen zu beschränken, damit den Kantonen ein Gesetzgebungsspielraum bleibt. Besonders wichtige Bereiche, wie beispielsweise der aus der Bundesverfassung abgeleitete, zentrale Grundsatz der Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet, darf der Bund hingegen detailliert regeln.

Den **Kantonen** obliegt – nach dem Text der Bundesverfassung – die eigentliche «Schaffung» der Raumplanung.

Die meisten Schweizer Kantone kennen einen hoch entwickelten Gemeindeföderalismus. Während der Kanton für die sein ganzes Territorium erfassende behördenverbindliche Richtplanung zuständig ist, überlässt er den Gemeinden die grundeigentümerverbindliche Nutzungsplanung, also insbesondere die Abgrenzung des Baugebietes vom Nichtbaugebiet und die Festsetzung von Art und Mass der konkreten baulichen Nutzung in den Bauzonen.

tums, aber auch, weil die Wohnungen grösser werden oder von weniger Leuten bewohnt werden (Kleinhaushalte), oder wegen der Wohnmobilität. Am schnellsten wachsen die Wohn- und Dienstleistungsgebäude – und mit deutlichem Abstand die Verkehrsflächen. Die VLP schätzt, dass in den ca. 60 000 ha grösstenteils erschlossenen unüberbauten Bauzonen noch 2,5 Mio. Einwohner Platz finden könnten. Eine Reserve von 30%, ausreichend für die nächsten 30 Jahre.

Siedlungsfläche 1) pro Einwohner. 1979/85 – 1992/1997 2)				
	Anzahl Einwohner		Siedlungsflächen	
	in 1000	pro km ²	in ha	pro Einwohner, in m ²
Veränderung 1979/85–1992/97				
Schweiz 3)				
absolut	+ 580.3	*	+32 668	+ 15.0
in %	+ 9.0	*	+ 13.3	+ 3.9
Ländlicher Raum 4)				
absolut	+ 225.4	*	+ 16 010	+ 7.6
in %	+ 13.6	*	+ 15.0	+ 1.2
Städtischer Raum 4)				
absolut	+ 354.9	*	+ 16 658	+ 12.3
in %	+ 7.4	*	+ 12.0	+ 4.2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 2005, digital

Wie hat sich das nun ausgewirkt?

Haushälterisch? Nein, wir verzehren und zerschneiden den Boden. Allerdings fördern wir dabei den Wohlstand. Die Siedlungsfläche wuchs in 15 Jahren um 13%, eine Fläche von nahezu 20x20 km, auf dem Land mehr als in der Stadt. Nicht zuletzt wegen des Bevölkerungswach-

Die Partner – Behörden aller Stufen – einer Vereinbarung zur gemeinsamen Erarbeitung eines Raumkonzeptes Schweiz stellen 2006 fest, dass die schweizerische Raumentwicklungspolitik so ausgestaltet sein soll, dass sie zu einer gegenüber heute nachhaltigeren Raumentwicklung führt, wozu folgende Ziele anzustreben und aufeinander abzustimmen sind:

¹ VLP, Raumplanung in der Schweiz, 2004

- Verfolgung einer Raumordnungspolitik, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärkt;
- Sicherstellung der Kohäsion zwischen den verschiedenen Landesteilen;
- sparsamer Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen (insbesondere dem Boden).

Feststellung 1: Wir wissen alles, engagieren uns aber nicht dafür

Wir haben alle nötigen Wissens- und Rechtsgrundlagen. Die Kompetenzen sind klar. Die Bürger sind durchschnittlich unzufrieden und fordern raumplanerisch eigentlich nichts (im Vergleich zu anderen Staatsaufgaben), beauftragen aber ökologisch orientierte Verbände, auf die Nachhaltigkeit zu achten. Wo sie über Nutzungspläne abstimmen müssen, tun sie selber oft das Gegenteil.

Bodenverzehr scheint nicht das vorrangigste Problem der Bürger zu sein. Schon eher Landschaftsveränderungen, Artenverlust, Trivialisierung und Verlärmung von Erholungsgebieten, fehlende Parkplätze zum Landschaftsgenuss.

Denn Einwohner haben mehrfachen materiellen Nutzen aus wachsenden Baugebieten und nur emotionale Verluste aus den übrigen Veränderungen der Landschaft.

Feststellung 2: Eine kleine Minderheit plant die Schweiz

Die Raumplanung ist nur ein Instrument der Raumordnung, d.h. der Gestaltung des Lebensraumes.

Stark ist die Raumplanung eigentlich nur bei der Festlegung der Bauzonen. Das ist das Geschäft der Gemeindebehörden und der Landeigentümer. Ein in allen Regionen verankerter starker Allianzpartner und Arbeitgeber ist die Bauwirtschaft. Der Bürger kommt dort ins Spiel, wo eine Behörde aufgeschlossen und führungsstark ist. Nur diese offeriert Auseinandersetzung.

Jedenfalls plant eine kleine Minderheit der Bevölkerung die Schweiz: die Politiker und die Abstimmenden. Beweis: Galmiz ... und niemand ist verantwortlich. Das Gute daran: Der Investor spürte das bald und verzog sich ins Ausland. Die Raumplanung hätte das Problem Galmiz lösen können, nicht aber der Eigennutz der Politik. Diese verspielte alles.

Feststellung 3: Die Mobilität ist der mächtigste Planer

Mobilität ist mehr als Verkehr: Auswanderung in die Agglomerationen, Auswanderung ins städtische Umland, immer längere Pendlerwege zum spezialisierten Arbeitsplatz, mehr als 50% aller Fahrzeugkilometer für die Freizeit, Selbstdarstellung im durchschnittlich 35 000 Franken teuren Neuwagen, die Möglichkeit des jederzeitigen Rollenwechsels.

Weil alle Mobilität wollen, wird sie erzeugt. Und die Infrastruktur bereitgestellt: Nichts verändert die Landschaft schneller als hohes Einkommen, Auto- und S-Bahnen. Weil sie raumgreifend, immer und jederzeit Angebote erschliessen.

Das gilt für alle informierten Gesellschaften der Welt. Per Intellekt zehren sie

alle gleich an den natürlichen Ressourcen, per capita ist der Konsum (noch) unterschiedlich. Das gilt auch zwischen den Generationen. Der Unterschied ist Triebfeder des volkswirtschaftlichen Wachstums, das beste je erfundene Perpetuum mobile. Wer wollte und sollte da planend eingreifen?

Feststellung 4: Planung ist eine langfristige Investition, wer will das denn?

Wahlzyklen sind kurz. Abgezinste zukünftige Vorteile und Nachteile sind sehr klein, kaum vorstellbar. Biosphären- und Artenverluste merken nur die Eingeweihten. Wer weiss noch, was die Hauptargumente für oder gegen eine Zonenordnung waren vor 10 Jahren? Warum soll man sie dem Bürger wieder nahe bringen?

Spürbar nahe dagegen ist der politische Zorn bei der realen, konkreten Raumplanung. Die Einsprache zugunsten des wohlverstandenen Eigennutzes. Der wider besseres Wissen geschürte Zorn gegen die Verbandsbeschwerde ist Zeuge der Machtverteilung – obwohl dieses Instrument in Grundsatz und Anwendung ein Musterbeispiel einer wirtschaftlichen Berücksichtigung öffentlicher Interessen, eine eigentliche rechtsstaatliche Perle ist. Dieser Zorn beantwortet die Frage: Wer plant die Schweiz?

Schlussfolgerung

Die schweizerische Raumordnung ist nicht die schlechteste, aber sie könnte deutlich besser sein. Wer sie gestaltet, ist den Nutzern nicht klar oder bewusst: Wohlstand, Konsum, Mobilität einer modernen Gesellschaft.

Angesichts der wachsenden Bevölkerung und der hohen Siedlungs- und Bewegungsdichte müsste sie besser sein.

Angesichts unserer Mittel könnte sie auch besser sein. Dazu müsste:

- Wohlstand mit mehr Wohlfahrt ausgeglichen werden;
- Konsum zugunsten der Investition in Geld und Geist gezügelt werden;
- Mobilität ihre Kosten selber tragen;
- Politik mehr den langfristigen Interessen einer stillen Mehrheit als den kurzfristigen lauten Worten einer Minderheit gehorchen;
- Politische Führung als Tugend verstanden und für den Bürger nachvollziehbar, nachhaltig wahrgenommen werden. Führen statt Umfragen interpretieren.

Wer plant die Schweiz? Unsere kurzfristigen Wünsche nach einfachem Konsum. Und die mangelnde Zivilcourage, raumplanerisch steuernd einzugreifen.

Wohnen in der Metropole Schweiz. Lässt sich Urbanisierung planen? Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?

Bern, Kursaal, 10. November 2006

Programm/Programme

9.00 Eröffnung/Ouverture
Rainer J. Schweizer, Vorstand SAGW

Dimension I: Stadt und Land/ville et campagne
Moderation/Modération: *Franz Oswald, Bern*

- 9.10 La Suisse métropolisée à l'épreuve des Alpes –
une perspective socio-historique
Vincent Kaufmann, EPFL Lausanne
- 9.40 Eine wirtschaftliche Sichtweise auf Veränderungen im ländlichen Raum
Peter Rieder, ETH Zürich
- 10.10 Diskussion/Discussion
- 10.40 Pause/Pause

Dimension II: Verkehr und Raumentwicklung/circulation et développement du territoire

Moderation/Modération: *Ernst Reinhardt, ecoprocess, Zürich*

- 11.00 La Métropole Lémanique sans RER: une aberration!
Xavier Comtesse, Avenir Suisse, Genève
- 11.30 Plus de mouvements, moins d'espace
Martin Schuler, EPFL Lausanne
- 12.00 Diskussion/Discussion
- 12.30 Stehlunch/Repas de midi
- 13.20 Vergabe der Goldenen Brille/Remise du prix «Lunette d'Or»
- 13.40 Vergabe des td-Awards/Remise du prix «td-Award»

Dimension III: Nachhaltigkeit und Ästhetik/développement durable et esthétique

Moderation/Modération: *Benedikt Loderer, Redaktion Hochparterre*

- 14.00 Institutionelle Regime für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen in der Agglomeration
Peter Knoepfel, Université de Lausanne
- 14.30 Gestaltung ist kein Zufall. Der Versuch eines nachhaltigen Umgangs mit Entwicklungsimpulsen (Beispiel Mobilität in der Glatttalstadt)
Rainer Klostermann, Raumplaner und Architekt, Zürich
- 15.00 Diskussion/Discussion
- 15.30 Pause/Pause

Dimension IV: Instrumente und Umsetzung /outils et mise en œuvre

Moderation/Modération: *Rainer J. Schweizer*

- 15.50 Faut-il des nouveaux instruments dans l'aménagement du territoire en Suisse?
Pierre-Alain Rumley, Office fédéral du développement territorial
- 16.10 Metrobasel: Vision 2020
Christoph Koellreuter, BAK Economics, Basel
- 16.30 Wie wirksam sind diese Instrumente? Kurzreaktion aus der Sicht der aktuellen Forschung
Peter Knoepfel
Jochen Jaeger, ETH Zürich
Vincent Kaufmann

Schlussdiskussion: Wie lässt sich Urbanisierung planen? Die nächsten Schritte/Discussion finale: comment planifier l'urbanisation? Marche à suivre.

Moderation/Modération: *Rainer J. Schweizer*

- 16.45 Podium unter Mitwirkung von/Podium avec la participation de
Christoph Koellreuter
Pierre-Alain Rumley
- 17.30 Abschluss und Apéro/Fin du colloque et apéritif



Metropoly – die urbane Schweiz auf Reisen

Walter Schenkel, Politologe, Partner bei synergo, Planung und Projektmanagement, Zürich, und Vorstandsmitglied Verein Metropole Schweiz


Die schweizerische Raumordnungs- und Agglomerationspolitik ist in Bewegung, die Probleme urbaner Räume sind erkannt, einige werden auch angegangen. Noch besteht aber Handlungsbedarf. Mit der Wanderausstellung Metropoly gibt der Verein Metropole Schweiz, unterstützt durch die Ausstellungsstandorte, Raum für Begegnung und Austausch über Gemeinde-, Kantons- und Sprachgrenzen hinweg.

Die Schweiz ist urban geworden. Weit über zwei Drittel der Bevölkerung leben in städtischen Gebieten. Menschen aus 194 Nationen leben in der Schweiz. Die territorialen Föderalismusstrukturen verhindern aber häufig eine den tatsächlichen Problemstrukturen angepasste Agglomerations- und Integrationspolitik. Die Debatte rund um Föderalismusreformen und neue Zusammenarbeitsformen in Agglomerationen und Metropolitanräumen sollte nicht allein in Politik-, Verwaltungs- und Fachkreisen geführt werden. Wirtschaftskreise sind es gewohnt, überregional zu denken und zu handeln. Und ohne stärkere Identifikation der Bevölkerung mit der Region bzw. neuen Planungs- und Entscheidungsgremien können die Probleme des urbanen Raumes in der Schweiz nicht ausreichend gelöst werden. Vor diesem Hintergrund hat der Verein Metropole Schweiz die Wanderausstellung «Metropoly – die urbane Schweiz»

lanciert und organisiert. Neben den Ausstellungsstandorten unterstützen verschiedene öffentliche Institutionen das Projekt.

«Metropoly – die urbane Schweiz» ist mehr als eine Ausstellung. Die Themen Zusammenleben, Föderalismus und Raumplanung werden visualisiert und bilden den Rahmen für eine ganze Reihe von Veranstaltungen an den jeweiligen Standorten (Vernissage, Referate, Diskussionen, Agglomerationssafari, Filmabend etc.). So werden die breite Bevölkerung, aber auch Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zum Denken, Reden und Handeln angeregt.

«Metropoly – die urbane Schweiz» startete am 17. August und gastiert bis im Frühsommer 2007 an verschiedenen Standorten. Alle Informationen und Details über Standorte und Daten sind über www.metropoly.ch verfügbar.



METROPOLY

**Die urbane Schweiz
La Suisse urbaine
La Svizzera urbana**

Der **Verein Metropole Schweiz** besteht seit rund 10 Jahren und setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung der urbanen Schweiz ein. Der Verein arbeitet interdisziplinär und ist politisch unabhängig. Er setzt verschiedene Kommunikationsmittel ein. Dazu gehören Vorträge, Seminare, Schriften, Ausstellungen, Forschungs- und andere geeignete Projekte. Damit möchte er das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer gesamtheitlichen Entwicklung der städtischen und ländlichen Schweiz im Dienste ihrer Bewohnerinnen und Bewohner fördern, insbesondere für die faszinierenden Zukunftschancen des urbanen Lebens. Bisher publizierte Broschüren sind «Metropole Schweiz – Charta für die Zukunft einer urbanen Schweiz» 2002, «Die Schweiz muss neu eingeteilt werden – bewegliche und neue Grenzen» 2003 und «Kultur als Motor – die Kulturmetropole Schweiz» 2005. Weitere Informationen über www.metropole-ch.ch.

Präsidiumswechsel am Schweizerischen Institut für Kunstwissenschaft

Sandra Ruff

Der Stiftungsrat des Schweizerischen Instituts für Kunstwissenschaft (SIK) hat **Anne Keller Dubach** zu seiner neuen Präsidentin gewählt. A. Keller war dem Institut bereits seit Jahren als Präsidentin des Fördervereins und Vizepräsidentin «Fundraising» des Stiftungsrates verbunden. Sie tritt die Nachfolge von **Heinz A. Hertach** an, der die statutarische Altersgrenze von 70 Jahren erreicht hat. Hertach war seit 1990 Mitglied des Stiftungsausschusses und seit 2001 Präsident des Stif-

tungsrates. In den rund 5 Jahren seiner Präsidentschaft hat das SIK eine ausserordentlich dynamische Entwicklung genommen und einen beträchtlichen Aufschwung erlebt.

Der Stiftungsrat und alle MitarbeiterInnen des SIK möchten ihm ihren Dank für seinen grossen Einsatz aussprechen. Er hat in seiner ruhigen, freundlichen und beharrlichen Art viel erreicht. Als Ehrenmitglied des Stiftungsrates wird er dem SIK verbunden bleiben.

Neuer Präsident und neuer Vizepräsident der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK)

*An ihrer ordentlichen Generalversammlung vom 10. Juni 2006 in La Chaux-de-Fonds haben die versammelten Mitglieder der GSK Professor Dr. **Rainer J. Schweizer**, St. Gallen, zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Rainer J. Schweizer ist seit 2002 Mitglied des Vorstands der GSK und löst nun im Präsidium Dr. **Christoph J. Joller** ab, der die GSK nach vier Jahren verlässt.*

Der neu gewählte Präsident, gleichzeitig Vorstandsmitglied der SAGW und Delegierter der SAGW in den «Akademien der Wissenschaften Schweiz», ist Rechtsanwalt, nebenamtlicher Richter und seit 1990 Ordinarius für öffentliches Recht, einschliesslich Europarecht und Völkerrecht, an der Universität St. Gallen. Als Rechtsberater für Verfassungs-, Prozess-, Sicherheits- und Datenschutzrecht sowie für Biotechnologie- oder Europarecht ist

er tätig zugunsten der Konferenz der Kantonsregierungen, einzelner Kantone, von Departementen des Bundes, von Kommissionen der eidgenössischen Räte, im Europarat, der OECD und von INTERPOL. Rainer J. Schweizer ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher und kultureller Vereinigungen.

An der Jahresversammlung wurde ausserdem Dr. **Benno Schubiger**, Basel, zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Er

tritt in dieser Funktion die Nachfolge des zurückgetretenen Professor Dr. **Georges Descoedres** an. Benno Schubiger ist Kunsthistoriker und Geschäftsführer der Sophie und Karl Binding Stiftung sowie Vorstandsmitglied des Vereins der Vergabestiftungen in der Schweiz Swiss Foundations. Er ist seit 2004 Mitglied des Vorstandes der GSK und Präsident der Redaktionskommission und übernimmt nun zusätzlich das Vizepräsidium.

Beatrice Schmid: «Ladino (Judenspanisch) – eine Diasporasprache»

Cahier XV des Conférences de l'Académie, Edition ASSH, Berne 2006

Découvert il y a cent ans, le ladino (judéo-espagnol), dont les origines remontent au Moyen Âge tardif, est en train de disparaître actuellement en tant que langue vivante, tout en renaissant sous forme d'objet scientifique de recherches. En décrivant les circonstances exceptionnelles de la naissance et du déclin du ladino, Beatrice Schmid, Directrice de l'«Institut für Iberoromanistik» de l'Université de Bâle, dévoile dans son écrit un contexte historique et culturel peu connu et riche en découvertes.

*La publication peut être commandée gratuitement auprès de Mme Delphine Quadri au secrétariat de l'ASSH: delphine.quadri@sagw.ch
Tél. 031 313 14 48/40*

Ich interessiere mich für die Aktivitäten der SAGW. Bitte senden Sie mir:
Les activités de l'Académie m'intéressent. Faites-moi parvenir:

Akademievortrag XV
Beatrice Schmid: «Ladino (Judenspanisch) – eine Diasporasprache». Heft XV,
Bern 2006, Eigenverlag

Programm Herbsttagung «Wohnen in der Metropole Schweiz. Ist Urbanisierung planbar?», 10. November 2006, Kursaal Bern

Den monatlichen **Newsletter** an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte schicken Sie mir den Newsletter nicht mehr (E-Mail-Adresse oben eintragen)

Name _____ Vorname _____

Institut/Firma _____

Strasse _____

PLZ _____ Ort _____

Bitte streichen Sie obenstehende Adresse aus dem Bulletinverteiler.

Einsenden oder faxen (031 313 14 50) an:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
Postfach
Hirschengraben 11
3001 Bern

Bei Fragen gibt die Akademie unter 031 313 14 40 oder sagw@sagw.ch gerne Auskunft.
Für weitere Informationen und Termine:
www.sagw.ch
www.assh.ch

Generalsekretariat

Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern
Tel. 031 313 14 40, Fax 031 313 14 50
www.sagw.ch, www.assh.ch
E-mail: sagw@sagw.ch

Zürcher Markus, Dr., Generalsekretär
markus.zuercher@sagw.ch 031 313 14 40

Hofer-Weyeneth Annemarie, Chefin Personal und Finanzen
annemarie.hofer@sagw.ch 031 313 14 40

Ambühl Daniela, Öffentlichkeitsarbeit
daniela.ambuehl@sagw.ch 031 313 14 52

Birbaumer Nadja, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique, Section II
nadja.birbaumer@sagw.ch 031 313 14 47

Immenhauser Beat, Dr., Sektion III
beat.immenhauser@sagw.ch 031 313 14 54

Indermühle Gabriela, Administration
gabriela.indermuehle@sagw.ch 031 313 14 42

Kohler Christine, Administration
christine.kohler@sagw.ch 031 313 14 43

Kübli Beatrice, Öffentlichkeitsarbeit
beatrice.kuebli@sagw.ch 031 313 14 51

Quadri Delphine, Administration
delphine.quadri@sagw.ch 031 313 14 48

Stoffel Martine, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique
martine.stoffel@sagw.ch 031 313 14 55

Zbinden Marlis, lic. phil. hist., Wiss. Mitarbeiterin, Sektion I
zbinden@sagw.ch 031 313 14 46

